

**Peter Ruben**

**DDR-Philosophie unter Parteiregie –  
Neue Anfänge zwischen dem 5. und 8. SED-Parteitag<sup>1</sup>**

Als die Herausgeber des Vorgängerbandes im Oktober 1998 zu einer Konferenz über das Thema „*Aufbau und Abbruch. Anfänge der DDR-Philosophie 1945-58*“ einluden, hielten sich einige im Interesse gemeinschaftlicher Reflexion eingeladene Akteure dieser Philosophie offenbar für attackiert und lehnten die Teilnahme an solcher Veranstaltung, die nach ihrem Titel das Gegenteil von dem zu behaupten schien, was sie in ihrer Erinnerung hatten – nämlich keinen *Abbruch*, sondern einen formidablen *Aufbruch* – rundweg ab. Tatsächlich muss man nur die philosophischen Editionen in den Jahren seit 1959 und danach zur Kenntnis nehmen, um zu bemerken, dass der veritable Aufbruch einer neuen Generation in der Lehre wie in der Publikation seit 1959 zu notieren ist:

In diesem Jahr beginnt der Lehrstuhl ‚Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften‘ am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin unter Leitung von Hermann Ley seine Tätigkeit. Im selben Jahr beginnen Georg Klaus, Alfred Kosing und Götz Redlow die Edition der *Wissenschaftliche[n] Weltanschauung. Teil I. Dialektischer Materialismus*<sup>2</sup> Vom 8. bis 11. Oktober 1959 findet zur 550-Jahrfeier der Universität Leipzig ein bemerkenswertes Internationales Symposium über „Philosophie und Naturwissenschaften“ statt, dem auch Max v. Laue einen Beitrag übersendet.<sup>3</sup> 1960 publiziert Gottfried Stiehler seine Arbeit „Hegel und der Marxismus über den Widerspruch.“<sup>4</sup> Im selben Jahr beginnen Wolfgang Eichhorn I, Günter Heyden, Alfred Ko-

---

<sup>1</sup> Erstveröffentlichung in: Hans-Christoph Rau / Peter Ruben (Hg.): *Denkversuche – DDR-Philosophie in den 60er Jahren*. Berlin 2005.

<sup>2</sup> Mit den Heften: 1. Der dialektische Materialismus – die Weltanschauung des Sozialismus, 2. Die Materie und ihre Daseinsweise, 3. Das Verhältnis von Quantität und Qualität in der Entwicklung der Materie, 4. Einheit und Kampf der Gegensätze, 5. Wie erkennen wir die Welt?

<sup>3</sup> Vgl.: *Naturwissenschaft und Philosophie*, hg. v. G. Harig u. J. Schleifstein, Berlin 1960, auch den Bericht von R. Rochhausen in der *DZfPh* 7(1959)5/6, S. 909-914.

<sup>4</sup> Sie heißt im Untertitel „Zur Frage der kritischen Überwindung der idealistischen Dialektik durch die wissenschaftliche materialistische Dialektik“ und erscheint in Berlin.

sing, Hermann Scheler die *Wissenschaftliche Weltanschauung, Teil II, Historischer Materialismus*<sup>5</sup>, herauszugeben. 1961 ist die Edition abgeschlossen<sup>6</sup>. Damit liegt erstmals wieder seit den Arbeiten August Thalheimers<sup>7</sup> und Kurt Sauerlands<sup>8</sup> eine deutsche Darstellung dessen vor, was seit Plechanow und Mehring „dialektischer“ und „historischer Materialismus“ genannt worden ist. Das genügt, um einen wirklichen Neuanfang zu kennzeichnen. Wieso also wird in der Einladung vom Oktober 1998 vom „Abbruch“ geredet?

Diese Charakterisierung zu akzeptieren, setzt eine Selbstreflexion voraus, die nicht ohne Mühe und vielleicht nicht ohne schwer erträgliche Bitterkeit über eigene Beschränktheit, gar eigenes Versagen zu haben ist. Wahrheit zu avisieren, kann mitunter höchst unangenehm sein. Aber das nicht zu tun, beendet jeden Erkenntnisversuch im Dahindämmern. Allerdings muss dem Erkennen Dauer erlaubt sein. In einer Reaktion auf Magdalene Schönhoffs Frage vom März 1990: „Ist die philosophische Elite dieses Landes verstummt?“<sup>9</sup> habe ich dafür plädiert, den bekannten Akteuren Zeit zur Besinnung zu lassen.<sup>10</sup> Inzwischen sind 13 Jahre vergangen, aber eine selbstkritische Reflexion des fraglichen Abbruchs hat nicht stattgefunden. Vielmehr werden Gedenkveranstaltungen zu runden Geburtstagen zelebriert, man bekundet seine Bewunderung und Verehrung für die zu feiernden Jubilare. Man *bek*ennt sich. Vom Mühen um *Er*kennen ist nichts zu bemerken. Die dafür durchaus wesentlichen Tatsachen bleiben in den Gedenkveranstaltungen ausgeklammert.

Natürlich weiß jeder Interessierte, dass Wolfgang Harich, der erste Chefredakteur der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, am 29. November 1956 verhaftet worden ist.<sup>11</sup> Und Blochs wie Mayers Emigration aus der DDR sind auch kein Mysterium. Aber die vom DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wie von der DDR-Justiz nach Inkrafttreten des berüchtigten Strafrechtsergänzungsgesetzes<sup>12</sup> am 1. Februar 1958 seit dem März 1958 veranstaltete regelrechte Verfolgungswelle, die mit aktiver Beteiligung

---

<sup>5</sup> Mit den Heften: 1. Die materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, 2. Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, 3. Das gesellschaftliche Bewusstsein und seine Rolle in der Entwicklung der Gesellschaft, 4. Klassen, Klassenkampf, Staat und Revolution, 5. Die nationale und koloniale Frage. Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte, 6. Krieg und Frieden, 7. Die große Perspektive der Menschheit: der Kommunismus.

<sup>6</sup> Sie erscheint in Berlin.

<sup>7</sup> A. Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus. Wien – Berlin 1928.

<sup>8</sup> K. Sauerland: Der dialektische Materialismus. Berlin 1932.

<sup>9</sup> M. Schönhoff: Brief an die Redaktion der DZfPh 38(1990)7, S. 696.

<sup>10</sup> Vgl.: P. Ruben: Die DDR und ihre Philosophen. In: DZfPh 39(1991)1, S. 50-58.

<sup>11</sup> Der Prozess gegen ihn (sowie gegen Bernhard Steinberger und Manfred Hertwig) fand vom 7. bis 9. März 1957 statt und endete mit der Verurteilung zu 10 Jahren Zuchthaus. Am 18. Dezember 1964 wird er auf Grund der Amnestie vom 6. Oktober 1964 – zusammen mit Kurt Vieweg - vorzeitig aus der Haft entlassen – nach 8 sinnlosen, leeren Jahren bester Lebenszeit.

<sup>12</sup> Am 11. Dezember 1957 beschloß die DDR-Volkshammer auf ihrer 30. Sitzung das Strafrechtsergänzungsgesetz und die Bedrohung der ‚Republikflucht‘ mit Gefängnisstrafen ebenso Vorbereitung und Mithilfe.

mancher damals agierender DDR-Philosophen und Philosophiestudenten betrieben worden ist, ist weitgehend Gegenstand des Verdrängens geworden. Eben sie liefert den Grund dafür, das Jahr 1958, in dem die Masse der Prozesse stattfand, für das Jahr eines tatsächlichen Abbruchs in der Entwicklung der DDR-Philosophie zu halten.

Es handelt sich insbesondere um den Beendigung einer *akademischen* (bzw. universitären) Selbstbestimmung der deutschen kommunistischen Philosophie<sup>13</sup>, die nach der Vernichtung des deutschen Faschismus in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1946 (selbstverständlich mit Unterstützung der Besatzungsmacht<sup>14</sup>) ermöglicht und teilweise auch realisiert worden ist.<sup>15</sup> Es handelt sich um die Unterwerfung der kommunistischen Philosophie unter den *Apparat* der kommunistischen Parteiführung. Diese Subordination als reeller Vorgang ist, mit Guntolf Herzberg zu sprechen, „der kurze Kampf gegen den »Dogmatismus« in der ersten Hälfte des Jahres 1956 und der brutale Feldzug der SED gegen den »Revisionismus«, der in der zweiten Jahreshälfte begann und erst im Frühjahr 1958 endete“<sup>16</sup>. Er führte zum tatsächlichen Abbruch der Ausbildung einer autonomen, unabhängig vom Parteiapparat sich selbst bestimmenden philosophischen Schule in Deutschland, die zu etablieren schon zwischen 1918 und 1933 mehrfach Versuche unternommen worden waren. Nicht was kommunistische Philosophen als *selbständig denkende Personen* äußerten, sollte die – gewiss momentane - Auffassung in der kommunistischen Philosophie sein, sondern was die Partei, vertreten primär durch ihren Ersten Sekretär (seit Stalins Ernennung im April 1922 eigentlich ‚Generalsekretär‘ genannt) und sekundär durch den Ideologiesekretär, so zu

---

<sup>13</sup> Ich spreche von der ‚deutschen kommunistischen Philosophie‘, um nicht vom ‚Marxismus-Leninismus‘ reden zu müssen. Letzterer umfasst als Ideologie allerlei Bestandteile, die Mao Zedong, Kim Il Sung und manche andere hinzugefügt haben. Mit Bezug auf ihn kann von einem konsistenten Ideengefüge keine Rede mehr sein. Schon ‚Marxismus‘ umfasst die Unverträglichkeit Kautskys mit Lenin (d. h. die politiktheoretische Entgegensetzung zwischen demokratischer Republik und Räterepublik in kommunistischer Beherrschung). Obendrein geht es hier nur um den Teil des von Engels konzipierten Marxismus, der von ihm im berühmten ‚Anti-Dühring‘ 1878 rechtens ‚Philosophie‘ genannt worden ist.

<sup>14</sup> Ohne Besatzungsmächte lief im Nachkriegsdeutschland aller vier Besatzungszonen mindestens bis 1949 nichts Wesentliches. Von deutscher Souveränität ist im Ernst erst seit dem 3. Oktober 1990 wieder zu sprechen, von einer Bestimmtheit, die unsere politischen Vertreter offenbar nur schwer zu erlernen und zu begreifen vermögen.

<sup>15</sup> Die Abhängigkeit dieser Realisierung von den ideologischen Determinationen durch die Besatzungsmacht und nach ihrem Kommando durch die SED-Führung zeigen die Schicksale von Leo Kofler, der in Halle/Saale einen sehr spezifischen historischen Materialismus hätte hervorbringen können, aber an der Jahreswende 1950/51 fliehen musste, und von Walter Hollitscher, der, vom Wiener Kreis und der englischen Wissenschaftssicht beeinflusst, in Berlin als erster Direktor des Instituts für Philosophie der Humboldt-Universität wirkte, u. a. die Kybernetik Norbert Wieners unmittelbar nach ihrer Geburt seinen Studenten zur Kenntnis brachte, aber im Mai 1953 nach irritierenden Vorgängen, über die er nie Aufklärung gab, nach Wien zurückkehren musste. Vgl. dazu Dieter Wittich: Walter Hollitscher als Interpret und Popularisator wissenschaftlicher Prozesse. Feststellungen und Gedanken zu seinem Leben und Werk – unter besonderer Beachtung seiner Jahre in der frühen DDR. In: Alfred Klahr Gesellschaft (Hg.) Zwischen Wiener Kreis und Marx. Walter Hollitscher (1911-1986). Wien 2003, S. 15-43

<sup>16</sup> G. Herzberg: Aufbruch und Abwicklung. Neue Studien zur Philosophie in der DDR. Berlin 2000. S. 102-103

sagen amtlich von sich gab, sollte Geltungsanspruch für mindestens alle Parteimitglieder und möglichst alle DDR-Einwohner besitzen. Der Abbruch des Jahres 1958 ist die Rücknahme der kommunistischen *Person* in der Philosophie, der 1959 zweifellos gegebene Aufbruch ist der der kommunistischen philosophischen *Institution* in Regie der SED, die Bildung des philosophierenden Individuums als des Funktionärs seiner Institution.<sup>17</sup>

Die Unterwerfung des Philosophierens unter die mit dem Führungsanspruch der Parteispitze angemessene Beurteilungskompetenz des Parteiapparats bedeutet nicht den Tod der Philosophie, sehr wohl aber die Schaffung einer neuen Existenzbedingung, auf die sich Adepten dieser Wissenschaft so oder so, die Karriere im akademischen Stellen-system suchend oder ausschlagend<sup>18</sup>, einstellen müssen. Die Existenz der Philosophie an sich hängt ja mit Nichten vom Bestehen irgendwelcher Vereine, Ämter oder Professorenstellen ab. Sie ist soziales Produkt und tritt in einer Gesellschaft auf, die nach Aufklärung drängt. Man kann auch als Handwerker philosophieren, wie Jakob Böhme und Josef Dietzgen eindrucksvoll demonstriert haben.<sup>19</sup>

G. Herzberg freilich meint, dass mit dem Frühjahr 1958 „die ideologische Friedhofsruhe, auch und erst recht auf dem Gebiet der Philosophie“<sup>20</sup>, begonnen habe. Das ist angesichts der danach neu in die philosophische Lehre eintretenden Dozenten, der in neuen Publikationen auftauchenden Autorennamen ein offensichtlich problematisches Urteil. Die 1959 ihr Studium am Institut für Philosophie der Berliner Humboldt-Universität aufnehmenden Studenten hörten über dialektischen Materialismus von Herbert Hörz, aus Stuttgart stammend und vom Jahrgange 1933, über historischen Materialismus von Erich Hahn, aus Kiel stammend und vom Jahrgange 1930.<sup>21</sup> Diese Grundlagenveranstaltungen des Fachstudiums Philosophie, seit 1951 in der DDR eingerichtet, wurden zuvor von Klaus Zweiling und Hermann Scheler getragen. Der schon

---

<sup>17</sup> Diesen Sachverhalt hat Norbert Kapferer unter dem Namen ‚Kaderphilosoph‘ angezeigt, ohne ihn zu begreifen.

<sup>18</sup> Solches Ausschlagen kann auch konjunkturell durch den Mangel an Stellen nolens volens eintreten.

<sup>19</sup> Die *sophia* ist originär die in der gesellschaftlichen Erfahrung gewonnene Weisheit der Handwerker.

<sup>20</sup> Ebd., S. 103.

<sup>21</sup> Die ersten Editionen der genannten Dozenten waren: H. Hörz: Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft. Berlin 1962. E. Hahn: Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis. Berlin 1965. Wollte man die Behauptung von der „ideologischen Friedhofsruhe“ beweisen, müsste man es mindestens an diesen Schriften (und anderen selbstverständlich) zeigen.

erwähnte Berliner Lehrstuhl für philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften ist in seinen Produktionen bald zu notieren.<sup>22</sup> So ist der nicht zu leugnende *Abbruch*, wie diese Hinweise andeuten, zugleich mit einem neuen *Aufbruch* verknüpft, weshalb die Beurteilung der wirklichen Sachlage ziemlich anstrengend ist. Sie ist nicht nur durch Zuchthausurteile und Elimination bisheriger Produzenten kommunistischer Philosophie charakterisiert, sondern auch durch den Eintritt *einer neuen Generation* in die philosophische Lehre und Forschung.

Dieser Generationswechsel, der einzige in der DDR verwirklichte, bereitet wohl auch Schwierigkeiten, die 1958/59 eingetretene Situation adäquat zu erkennen. Denn hier trifft ein gewöhnliches anthropologisches Phänomen mit einem politischen Konflikt zusammen. Letzterer wurde vom 20. KPdSU-Parteitag im Februar 1956 ausgelöst, durch den Aufstand in Ungarn wie die israelisch-britisch-französische Attacke gegen Nassers Nationalisierung des Suezkanals im Oktober/November 1956 zu einer entscheidenden Wende geführt. Diese hat mit der militärischen Überwältigung des ungarischen Aufstands durch die Sowjetarmee zugleich die Unterdrückung des Kampfes gegen den ‚Dogmatismus‘ und die Wende zum Kampf gegen den ‚Revisionismus‘ verbunden.<sup>23</sup>

Ich unterstelle die Kenntnis der ungarischen Tragödie im Oktober/November 1956 und möchte nur den Generationswechsel charakterisieren, der sich in der Zeit, die in diesem Band überhaupt zur Debatte steht, vollzogen hat: Diejenigen, die 1959 in das Lehrgeschäft und kurz darauf in die Publikationstätigkeit eintraten, haben in der Abbruchphase mit dem Höhepunkt von 1958 gelernt, wie unter Bedingungen kommunistischer Herrschaft Philosophie systemadäquat zu betreiben ist, und daher am Ende des Ulbrichtschen Reformversuchs 1971 die „Höhen der Wissenschaft gestürmt“, d. h. die

---

<sup>22</sup> Ich erwähne Martin Guntau u. Helge Wendt (Hg.): *Naturforschung und Weltbild. Eine Einführung in Probleme der marxistischen Naturphilosophie*. Berlin 1964. 1967 erschien eine 2. umgearbeitete und erweiterte Auflage, in der nicht mehr die *marxistische Naturphilosophie* im Untertitel präsent war, sondern die *philosophischen Probleme der modernen Naturwissenschaften*. Das berührte den publizierten Inhalt nicht. Weiter ist zu notieren: Hermann Ley, Herbert Hörz, Rolf Löther (Hg.): *Quo vadis, Universum? Zum Problem der Entwicklung in Naturwissenschaft und Philosophie*. Berlin 1965. Ebenso unübersehbar ist Hermann Ley u. Rolf Löther (Hg.): *Mikrokosmos – Makrokosmos. Philosophisch-theoretische Probleme der Naturwissenschaft, Technik und Medizin*, 2 Bde., Berlin 1966 u. 1967. Nicht zu ignorieren sind auch Heinrich Vogel: *Zum philosophischen Wirken Max Plancks. Seine Kritik am Positivismus*, Berlin 1961, und selbstverständlich Georg Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht*, Berlin 1961.

<sup>23</sup> Wer Verhalten wie Denken der DDR-Philosophen in dieser Phase wirklich verstehen will, darf zu keinem Augenblick den Anblick der Leichen in den Straßen Budapests vergessen. Er stellte die Frage: Sind Petöfi-Klubs geeignete Mittel, den Stalinismus zu überwinden? Wer zuerst in Budapest am 23. Oktober 1956 geschossen hat und warum, konnte in der DDR nicht festgestellt werden. Dass jedoch der weiße Terror bis zum 4. November 1956, bis zum zweiten Einmarsch der Sowjetarmee in Budapest also, gewütet hat, ist unbestreitbar. Jede Ignoranz dieses Umstands muss die Haltung vieler DDR-Intellektueller in jener Zeit zum Mysterium machen. Noch im Ausdruck „Keine Gewalt!“, der die Wende im Oktober/November 1989 kennzeichnet, ist diese Erfahrung von 1956 anwesend. Und nur Dummköpfe können die Einhaltung dieser Forderung bedauern.

entscheidenden Stellen im Berufssystem der DDR-Philosophie besetzt und bis zum Ende 1990 gehalten. Andere, die nicht so gut die Beherrschung der Klaviatur des etablierten Systems erlernten und begriffen oder gar in Empörung verharrten und wirkliche Opfer wurden, mussten ihr Sonderwege der Lebensbewältigung finden – bis hin zur Flucht nach Westdeutschland.

Für die Generationenbestimmung haben Rainer Land und Ralf Possekkel eine instruktive Beschreibung geliefert, die sich allerdings auf die kommunikationstheoretische Voraussetzung von Diskursen bezieht, nicht auf die anthropologische Determination.<sup>24</sup> Sie unterscheiden den „Diskurs der Altkommunisten“ zwischen dem Ende des 2. Weltkriegs und dem Anfang der sechziger Jahre vom „Diskurs der Aufbaugeneration“ zwischen dem Ende der fünfziger Jahre und dem Ende der sechziger Jahre, um sodann einen „Reformdiskurs im Umfeld der SED“ zu notieren, der Mitte der siebziger Jahre begann und mit der Wende 1989/91 endete.<sup>25</sup> Mit dieser Fixierung ist die „Aufbaugeneration“ im Sinne Lands und Possekels, die den in Rede stehenden Abbruch 1959 mit einem neuen Aufbruch konterkariert. Sieht man die Sache jedoch anthropologisch und ökonomisch, kommt man zu einer etwas anderen Charakterisierung, die mit der Diskursanalyse aber nicht konfligiert. Sehen wir W. Pieck; Jahrgang 1876 (er ist 2 Tage älter als Adenauer), W. Ulbricht, Jahrgang 1893, O. Grotewohl, Jahrgang 1894, als politische Vertreter der eigentlichen DDR-Gründergeneration an, so können wir mit der Unterstellung zweier Voraussetzungen sagen, dass die DDR-Gründergeneration in der Zeit zwischen Juli 1870 und Dezember 1897 geboren worden ist, den ersten Weltkrieg, die Novemberrevolution und die Gründung der Komintern *erlebt* hat. Sie umschließt die Generation der ‚Altkommunisten‘, d. h. derjenigen, die die russische Revolution 1917/18 und die deutsche Novemberrevolution 1918/19 als Teilnehmer erlebt und sich für die Räterepublik entschieden haben.

Die für diese Generationsidentifikation nötigen beiden Voraussetzungen sind:

1. Der Kondratieffzyklus, der zu dieser Determination angenommen werden muss, ist von J. A. Schumpeter unter dem Namen „bürgerlicher Kondratieff“ für die

---

<sup>24</sup> In der biologischen Anthropologie wird mit Blick auf das menschliche biologische Reproduktionsverhalten eine Generation mit der Dauer von 25 bis 30 Jahren festgestellt. Normieren wir diese Dauer, erhalten wir das Maß von 27,5 Jahren. Diese Konstante ist ökonomisch von äußerster Wichtigkeit. Sie gibt gerade die Hälfte eines sogenannten Kondratieffzyklus an, der damit seinerseits als der wirtschaftliche Zusammenhang zweier Generationen zu verstehen ist. So sieht es auch F. Braudel in: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. München 1986, S. 84. Man bedenke, dass die Produktivkräfte nicht angeboren sind, sondern erlernt werden müssen. Die Lerndauer beträgt, wie man feststellen kann, im Allgemeinen die Zeit eines halben Kondratieffs. Meister, Professoren, Lehrer etc. wird man gehäuft erst im Alter von 27 bis 28 Jahren finden. Und viele Menschen werden bestätigen, erst in diesem Alter wirklich erwachsen gewesen zu sein.

<sup>25</sup> R. Land / R. Possekkel: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren. Berlin 1998. S. 10-11.

Zeit von 1843 bis 1897 genau untersucht und beschrieben worden.<sup>26</sup> Ich nehme seine Dauer als zeitliche Standardgröße an, so dass sowohl vorwärts wie rückwärts in der Geschichte Kondratieffzyklen zeitlich genau bestimmbar sind. Der „bürgerliche Kondratieff“, der 2. Kondratieff<sup>27</sup>), durch den Eisenbahnbau ausgezeichnet, hat, wie anthropologisch gefordert, 55 Jahre Dauer, so dass wir die beiden Generationsdauern dieses Zyklus determinieren können. Es handelt sich erstens um Menschen, die zwischen Januar 1843 und Juni 1870 in der *Prosperitätsphase* geboren sind, und zweitens um die in der *Depressionsphase* zwischen Juli 1870 und Dezember 1897 Geborenen.

2. Mit der Unterstellung der anthropologischen Bestimmtheit eines Kondratieffzyklus nehme ich die Konstanz der Dauer jeder ‚langen Welle‘ an. Demgemäß ist der 3. Kondratieff - Schumpeter nennt ihn „neumerkantilistisch“<sup>28</sup> für die Zeit von 1898 bis 1952 festzustellen. Das impliziert, dass wir wieder zwei Generationen für die Dauern von Januar 1898 bis Juni 1925 (*Prosperitätsphase*) und von Juli 1925 bis Dezember 1952 (*Depressionsphase*) unterscheiden können.

Es bleibt anzumerken, dass wir uns nach dieser Konstruktion im 4. Kondratieff befinden, der zwischen 1953 und 2007 anzunehmen ist. Sie steht natürlich im Gegensatz zur Annahme Leo Nefiodows, der 1990 den Beginn des 5. Kondratieffs ansetzt.<sup>29</sup> Die aktuellen Wirtschaftsprobleme bestätigen, dass wir noch immer in der *Depressionsphase* sind, d. h., die Konsequenzen des ‚Wirtschaftswunders‘ zu tragen haben. Meine Annahme wird widerlegt, wenn spätestens 2007 nicht Signale einer neuen *Prosperitätsphase* (des 5. Kondratieffs) erkennbar werden.<sup>30</sup>

Mit diesen Prämissen müssen wir die *Aufbaugeneration*, wenn wir sie im Sinne Lands und Possekels von der der *Gründer* unterscheiden, aber keine Rücksicht auf ihre Diskursbestimmtheit nehmen wollen, für die Dauer von Januar 1898 bis Juni 1925 ansetzen. Sie ist die Generation, die den Faschismus und den 2. Weltkrieg ertragen musste und anschließend die Trümmerwelt zu beseitigen hatte. Bedenkt man, dass Ulbrichts

---

<sup>26</sup> Vgl.: J. A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Erster Band. Göttingen 1961. S. 314-408.

<sup>27</sup> Der 1. Kondratieff währt von 1788 bis 1842. Er umschließt die industrielle Revolution, die durch den Zusammenschluss der mobilen Energiequelle (Dampfmaschine) mit der Arbeitsmaschine gesetzt wird.

<sup>28</sup> Ebd., S. 410. Ich möchte ihn lieber „imperialistisch“ nennen.

<sup>29</sup> L. A. Nefiodow: Der sechste Kondratieff – Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin 1996. Nefiodows Vorstellung von der Ablösung der Energie durch die Information kann ich nur als technizistischen Mystizismus verstehen. Zum Phänomen der ‚langen Wellen‘ vgl. weiter K. Gebicke: Nikolaj Dmitrievič Kondratieff. Über dynamische Modellierung des Kapitalismus, in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 92-103; R. Wagner-Döbler: Scientometric evidence for the existence of long economic growth cycles in Europe 1500-1900, in: Scientometrics 41(1998)1-2, S. 201-208; E. Händler: Die Geschichte der Zukunft. Sozialverhalten heute und der Wohlstand von morgen. Kondratieffs Globalsicht. Moers 2003

<sup>30</sup> Es versteht sich, dass diese Argumentation auf dem Vergleich der historisch wirklich aufgetretenen langen Wellen basiert. Er kann hier natürlich nicht vorgenommen werden, sondern muss dem Leser überlassen bleiben.

Zögling E. Honecker dem Jahrgang 1912 angehört und in der Tat der formelle Repräsentant der DDR vom Mai 1971 bis zum Oktober 1989 gewesen ist, so darf man bei Kenntnis der Umstände des Machtübergangs von Ulbricht zu Honecker rechtens vom klassischen Generationswechsel sprechen.<sup>31</sup> Die Gründergeneration hat am 3. Mai 1971 die politische Macht an die Aufbaugeneration abgetreten – in welcher Form auch immer.

Für die DDR-Philosophie können wir nach der beschriebenen Weise eine *Gründergeneration* wahrnehmen.<sup>32</sup> Die *Aufbaugeneration* beginnt mit Walter Ruben (1899-1982), schließt auch Fritz Selbmann (1899-1975) ein<sup>33</sup>, umfasst natürlich Klaus Zweiling (1900-1968), Leo Kofler (1907-95)<sup>34</sup>, Friedrich Herneck (1909-93) Walter Hollitscher (1911-86), Hermann Ley (1911-90), Georg Klaus (1912-74) und viele andere einschließlich Marie Simon (1922-98), Wolfgang Harich (1923-95) und Gottfried Stiehler (1924).

Die von Land und Possekel so genannte Aufbaugeneration, die in der Tat um die Wende von den 50er zu den 60er Jahren in die philosophische Lehre und Forschung eintritt, findet eine bereits durch zwei Hochschulreformen determinierte Lage vor, in welcher sie sich – durch quantitatives Wachstum der Stellenanzahl wohlthuend begünstigt - häuslich einzurichten vermag. Einige ihrer Angehörigen sind, um eine Charakte-

---

<sup>31</sup> W. Pieck stirbt am 7. September 1960. O. Grotewohl erkrankt im November 1960 so schwer, dass er nicht mehr arbeitsfähig ist; er stirbt am 21. September 1964. Bruno Leuschner, als Angehöriger des Jahrgangs 1910 schon der Aufbaugeneration zugehörig, scheidet 1963 aus dem Dienst für die DDR aus und stirbt am 10. Februar 1965. Durch diese anthropologische Lage wird Walter Ulbricht der „Alte“ und kann sich nach Absolvierung der Fraktionskämpfe um die SED-Führung im Februar 1958 seine „jungen Leute“ aussuchen (zu ihnen gehören Erich Apel, Jahrgang 1917, und Günter Mittag, Jahrgang 1926). Zu ihnen gehört seit langem E. Honecker. Er wird am 3. Mai 1971 mit Hilfe Breshnews und der Mehrheit des SED-Politbüros durch Ausbooten seines Ziehvaters der „Erste“.

<sup>32</sup> Sie reicht von Hermann Duncker (1874-1960) über Arthur Baumgarten (1884- 1966), Ernst Bloch (1885-1977), Victor Stern (1885-1958), Auguste Cornu (1888-1981) bis zu Alfred Kurella (1895-1975) und darf gewiss durch Angabe von Emil Fuchs (1874-1971), Günther Jacoby (1881-1969), Ernst Niekisch (1889-1967) vervollständigt werden.

<sup>33</sup> Vgl.: W. Ruben: *Geschichte der indischen Philosophie*. Berlin 1954. Es wird wohl niemand einen Einwand erheben gegen die Zurechnung eines Philosophiehistorikers zur Philosophenzunft. F. Selbmann hat 1947 ‚Wahrheit und Wirklichkeit. Kritische Essays über Fragen der Philosophie und Geistesgeschichte‘, Heidenau/Sa., publiziert und über seine zwischen 1936 bis 1939 geschriebenen Aufsätze bekannt: ‚Der Verfasser hatte nicht den Ehrgeiz, die Zahl der philosophischen Systeme um ein weiteres zu vermehren. Seine philosophische Meinung ist die des dialektischen Materialismus...‘ (a. a. O., S. 7).

<sup>34</sup> Kofler hat trotz seiner Flucht 1950/51 in der SBZ und DDR gewirkt, und sein 1955 in Hamburg ediertes Buch ‚Geschichte und Dialektik. Zur Methodenlehre der dialektischen Geschichtsbetrachtung‘ ist 1950 im Manuskript in der DDR fertiggestellt worden. Es gehört zur kommunistischen Parteitraktion, von Zeit zu Zeit einige Akteure der kommunistischen Philosophie auszuschließen. Solche parteiamtliche Produktion ‚weißer Flecken‘ darf selbstverständlich von der philosophiehistorischen Analyse nicht anerkannt werden. Freilich kann ich Leo Kofler nicht mehr fragen, ob er sich für die Jahre 1947 bis 1950 auch subjektiv zur Aufbaugeneration kommunistischer Philosophen der DDR gehörig ansehe.



risierung von Brigitte Hering aus dem Jahre 1969 aufzugreifen, „Sieger zweier Revolutionen“<sup>35</sup>. Ich finde, dass die Benennung „Siegergeneration“ - der ironische Unterton ist besonders nach 1989/90 unvermeidbar - den Gegenstand nicht gar zu sehr verfehlt, sofern man nur von einem Sieger nicht unbedingt fordert, auch ein Kämpfer um den Sieg gewesen zu sein.<sup>36</sup> Man erntet, was Vorgänger gesät haben. Die aufgegriffene Benennung gilt ohne alle Ironie für die Lage nach 1971 bis zur Wende 1989/91, in der die Sieger in den Vorruhestand gingen - und die Verlierer hinterließen.<sup>37</sup>

Selbstverständlich ist die präsentierte Generationenfolge ein Konstrukt, ich hoffe, ein verständiges. Sie wird anthropologisch determiniert und ökonomisch nach ihrer Dauer unterschieden. Jede Generation umfasst 271/2 Jahrgänge, die sich ihrerseits zu verschiedenen Gruppen oder Kohorten zusammenfassen lassen, und natürlich umschließt jede Generation die einander als Gegner oder gar Feinde gegenüberstehende Individuen. Es ist aber die Frage, ob die sich in einer Generation Entgegenstehenden nicht durch ein und dieselben Produktionsbedingungen, durch ein und dieselben Erlebnisse, durch einen und denselben Zeitgeist bestimmt werden. Das zu denken, soll hier nur nahe gelegt werden

Die Kontinuität zwischen den Generationen wird natürlich mit der Hervorhebung der Diskontinuität auch nicht geleugnet. Dennoch ist es für die Erkenntnis der Geistesgeschichte erheblich zu notieren, welche Erlebnisse und daher sinnlich-gegenständliche Erfahrungen eine Generation hat und eine andere nicht.<sup>38</sup> Die Aufbaugeneration, durch die Hölle des Faschismus und des 2. Weltkrieges gegangen, hat die DDR nicht als Voraussetzung, sondern als den von ihr hervorgebrachten Staat, als ihr und der Gründer Produkt. Die Siegergeneration umfasst etwas für Deutschland Außergewöhnliches – weiße Jahrgänge -, also Männer, die nie eine Kaserne von innen sahen

---

<sup>35</sup> Vgl.: ‚Neues Deutschland‘ vom 2. September 1969, Ausg. B, S. 5, wo die Journalistin eben unter dem Schlagwort ‚Sieger zweier Revolutionen‘ ein ‚Porträt des Philosophen Herbert Hörz‘ liefert.

<sup>36</sup> Das ist ein in der Wende 1989/90 und danach wieder auftretendes Phänomen: Es fanden sich Sieger, die keinen Kampf bestanden hatten.

<sup>37</sup> Der Reigen der *Siegergeneration*, die die Enkel der Gründer umfasst, wird von E. Albrecht (1925) und W. Heise (1925-87) eröffnet, umfasst H. Klenner (1926), J. Teller (1927-99), M. Buhr (1927), A. Kosing (1928), D. Bergner (1928-84), H. Seidel (1929), W. Eichhorn I (1930), E. Hahn (1930), D. Wittich (1930), C. Warnke (1931), H. Hörz (1933), M. Thom (1935), H. Laitko (1935), K.-F. Wessel (1935), H. Wessel (1936), R. Wahsner (1938) und viele andere. R. Land (1952) schließt den Reigen ab, während M. Brie (1954) und H.-P. Krüger (1954) bereits die Nachfolgenergeneration, die Urenkel der Gründer, vertreten, welche nolens volens die DDR transzendieren.

<sup>38</sup> Gegenwärtig ist auffällig, dass die Redeweise von den „zwei deutschen Diktaturen“ besonders von denen gebraucht wird, die keine praktischen Erfahrungen mit der Nazizeit mehr machen konnten. Für sie ist die DDR eine a priori vorgegebene Lebensbedingung. Für Ältere ist die DDR leicht als kommunistische Aufhebung der Nazizeit zu denken (die BRD natürlich als eine andere – sozialdemokratisch-bürgerliche). Jemand, der sich an die Ordensbrust Görings erinnert, hat die Ordensbrust Stalins nur als - mit Bezug auf das von Hitler induzierte Kriegsergebnis - ‚logischen‘ Ersatz in der Erinnerung. Und wer Hitlers Eifer in der Staatsleitung kennt, um sie mit Ulbrichts Einsatz vergleichen zu können, kann nur verblüfft sein über die Akzeptanz des ziemlich sinnleeren Ausdrucks von den „zwei Diktaturen“.

und nie dem Kommando von Unteroffizieren gehorchen mussten. Für sie sind möglicherweise die Nöte der DDR-Bausoldaten Phänomene einer fremden Welt, wie umgekehrt die sinnlich-gegenständliche Fremdheit des Nazitums und des 2. Weltkrieges dazu führen mag, den Anfang der selbständig reflektierten Historie in der ungewollten und abgelehnten Vorgegebenheit der DDR und einer a priori bösen Diktatur zu sehen.<sup>39</sup>

Wenn wir die skizzierte Generationenbestimmtheit für die weiteren Überlegungen unterstellen, so versteht es sich, dass die hier zu debattierende Phase der DDR-Philosophie ein spezifisches Verhältnis dreier Generationen zueinander umschließt, in dem die Siegergeneration im Gefolge der 3. Hochschulreform wie der Akademiereform 1968 als der selbstverständliche Inhaber des Stellensystems der DDR-Philosophie so zu sagen anthropologisch determiniert, während die Aufbaugeneration nach und nach zurücktritt. In der politischen Staatsführung allerdings behält letztere wegen der Evolutionsbedingungen in kommunistischen Parteien bis zum Ende das Ruder so in der Hand, dass der böse Witz zirkuliert, nach dem die Politbüromitglieder in die ZK-Tagung auf Bahren hineingetragen werden, das Kommando „Herzschrittmacher einschalten!“ befolgen, um sodann gemeinsam das Lied ‚Wir sind die junge Garde des Proletariats‘ anzustimmen. Die Abfolge Breshnew, Andropow, Tschernenko anfangs der 80er Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts hat diesen Witz realiter modelliert.

### 1. Die kommunistische Parteiführung erklärt, was kommunistische Philosophie ist

Die das Jahr 1958 kennzeichnende Verhaftungswelle hatte noch gar nicht recht begonnen, als das SED-ZK - nach der im Februar dieses Jahres auf seiner 35. Tagung realisierten Verurteilung Schirdewans und Wollwebers, als Mitglieder einer imaginierten Fraktion erfunden, und Fred Oelßners - am 1. März einen Brief ‚Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen‘ publizierte. Er empfahl, das

---

<sup>39</sup> Für Menschen, die enteignet wurden, die wegen ihres Christentums leiden mussten, etwa zur Oberschulbildung nicht zugelassen wurden, zeigt sich die DDR als böser Drache, was ich selbstverständlich verstehe. Aber die so Betroffenen mögen bedenken, dass zu allen Zeiten Staaten vielen ihrer Untertanen in gleicher Weise entgegentraten. Wer sich dem Wehrmachtsdienst entziehen wollte, um Hitlers Vergewaltigung der Nachbarvölker nicht mitmachen zu müssen, hatte mit Erschießung zu rechnen. Wer die Meuterei der kaiserlichen Admiralität gegen die neue Regierung im Oktober 1918 nicht mitmachen wollte, musste roter Matrose werden, dem in Kiel alte Staatsdiener wieder mit der Waffe in der Hand entgegentraten. Diese Aufzählung lässt sich beliebig verlängern. Wenn sie auch Nachgeborenen als Text über unerlebte Vergangenheit entgegentritt, bleibt sie dennoch eine Tatsachenfolge, die jeder Urteilsbildung vorauszusetzen ist.

Studium der kommunistischen Philosophie zur Sache aller Parteimitglieder zu machen.<sup>40</sup> Diese parteiamtliche Erklärung über den dialektischen Materialismus war zugleich mit der penetranten Vorstellung gekoppelt, die Heranbildung von Philosophen als „Parteiarbeiter“<sup>41</sup> zu bewerkstelligen – vom Apparat der SED und seinen Dienern zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit geäußert – und zum Schrecken mancher Studenten, die ihr weiteres Berufsleben inakzeptabel reguliert wähten.

Man könnte allerdings angesichts dieses Briefes der SED-Führung an alle Parteigrundorganisationen zunächst fragen: Welche philosophische Lehre hatte je die Ehre erlangt, von der Führung einer ganzen Partei goutiert zu werden? Wenn heute Parteivorstände ihren nachgeordneten Verbänden philosophisches Studium empfehlen würden, wäre nicht der geringste Einwand zu erheben. Der SED-ZK-Brief erklärt: „Der dialektische Materialismus als Weltanschauung der Arbeiterklasse ist der theoretische Leitfaden für die Politik aller kommunistischen und Arbeiterparteien.“<sup>42</sup> Würde ein Parteivorstand heute z. B. den kritischen Rationalismus als theoretischen Leitfaden in Parteiabenden zur Kenntnisnahme den Parteimitgliedern anempfehlen, könnten Philosophen nichts dawider haben und schon gar nicht, wenn sie selbst diese Richtung favorisierten. Die Annahme, einen „theoretischen Leitfaden“ zu besitzen, d. h. eine Theorie, aus der Handlungsanweisungen etwa für politische Gemeinschaften abzuleiten sind, ist sicher für Philosophen jeder Art, auch für dialektische Materialisten, nicht ohne Reiz. Wissenschaftler überhaupt haben oft den dringenden Wunsch, Funktionäre zu beraten, die Entscheidungen fällen müssen, welche alle Individuen einer betreffenden Gemeinschaft angehen. Politikerberatung ist ein Bedürfnis derer, die Erkenntnis schaffen. Die Unzahl der Beraterverträge beweist, dass auch das umgekehrte Verlangen besteht.

In Sachen der kommunistischen Philosophie und der Deklaration ihrer Bedeutung durch das SED-ZK am 1. März 1958 mögen allerdings die betroffene Fachfrau, der betroffene Fachmann fragen: Was heißt dialektischer Materialismus „als Weltanschauung der Arbeiterklasse“? Wieso kann eine Philosophie als *Weltanschauung* auftreten? Ist nicht vielmehr jede Weltanschauung *Gegenstand* philosophischer Untersuchung? Und welche Klasse meint das Wort ‚Arbeiter*klasse*‘, wenn die wirkliche *Arbeiterschaft*,

---

<sup>40</sup> Sechs Tage später, am 7. März 1958 wurde der Student dieser Philosophie Peter Langer aus einer Versammlung der Mitarbeiter und Studenten des Instituts für Philosophie der Berliner Humboldt-Universität nach makabrer Abstimmung den ‚Staatsorganen übergeben‘, d. h. den in anderen Räumen schon residierenden MfS-Beamten zur Verhaftung zugeführt. Zwei andere Studenten desselben Instituts, Karlheinz Messelken und Heinz-Dieter Schweikert, waren bereits verhaftet.

<sup>41</sup> Der ‚Parteiarbeiter‘ ist das zum Funktionär einer Institution gebildete Individuum, dem die Personalität bzw. Persönlichkeit, d. h. die Souveränität in der Vertragsschließung mit anderen Personen oder Institutionen, möglichst so ausgetrieben ist, dass er imstande ist, einen erhaltenen input in einen wohldefinierten output zu transformieren.

<sup>42</sup> ZK der SED (Hg.): Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. VII. Berlin 1961. S. 140

d. h. die Menge aller menschlichen Individuen, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeitslöhne bestreiten, die unterschiedlichsten Weltanschauungen praktizieren? Bietet das SED-ZK mit seinem Brief vom 1. März 1958 der kommunistischen Philosophie einen Bärendienst an?

Sollten betroffene Philosophen solche Fragen zu dieser Zeit in der DDR gestellt haben, wären sie in die Mühlen der staatlichen Verfolgung geraten, wie die so zu sagen ‚schlagartigen‘ Verhaftungen vom 7. März 1958 und danach gezeigt haben.<sup>43</sup> Was also kann der kommunistische Philosoph tun, wenn er den von der herrschenden kommunistischen Partei dekretierten Existenzbedingungen unterworfen ist, aber nicht den Weg Wolfgang Harichs gehen und auch nicht auf die Möglichkeit, Philosophie zu betreiben, verzichten will? Er muss eine Weise der Anpassung an die ihm vorgegebenen Produktionsbedingungen erfinden – wie übrigens alle Produzenten. Und dazu gehört, dass die von der SED-Parteiführung deklarierten Grundsätze – besonders vor eifrigen Konkurrenten - nicht wahrnehmbar in Frage gestellt werden, sondern per Zitation als genügend verinnerlicht häufig geäußert werden. Das gehört, wie man in jeder Zeit erkennen kann, zu den Regularien des halbwegs unangefochtenen Schwimmens im Zeitgeist, der stets ein mächtiger Geselle ist. Die Anpassung mit Bezug auf die Sprache der SED hat allerdings zur Konsequenz, dass fragliche Texte von ledernen Genitivkonstruktionen, übernommen aus der KPdSU-Sprache, so angefüllt sein können, dass auftretende Ideenflüchtigkeit beim Lesen den Eindruck von ideologischer Friedhofsruhe durchaus zu bestätigen vermag.<sup>44</sup>

Im SED-ZK-Brief über die kommunistische Philosophie heißt es weiter: „Der dialektische Materialismus zeigt die Rolle der revolutionären Theorie für das richtige Verhalten... Einerseits ist die Theorie nichts anderes als die Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen; ... Dadurch kann die Theorie andererseits zum Leitfaden für die praktische Politik werden.“<sup>45</sup> Bei solchem Text muss jeder wissenschaftliche Theoretiker (und ein Philosoph sollte dessen Tun zumindest kennen) stöhnen: Welch ein Dilettantismus! Welch ein vulgärer Positivismus! Natürlich gibt es keine (wissenschaftliche) Theorie ohne apriorische Annahmen. (Und das Plappern von Meinungen ist keine Theorieproduktion.) Den einfachen Satz: ‚Für alle Dinge a gilt:  $a = a$ ‘, hat niemand als

---

<sup>43</sup> Vom 8. bis 12. März 1958 rollt die Verhaftungswelle gegen Mitarbeiter des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität. Vgl.: C. Warnke: Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft. Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956-1958 – Eine Fallstudie. In: H. Eidam u. W. Schmied-Kowarzik (Hg.): Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Würzburg 1995. S. 233-249. G. Herzberg a. a. O., S. 34-67

<sup>44</sup> Ein Kollege, der nach einem Aufenthalt in der UdSSR aktuelle philosophische Texte mühelos aus dem Russischen in Deutsche übertragen konnte, beklagte nach der Wende 1989/91, dass er nun sogar die ‚Prawda‘ nicht mehr ohne Wörterbuch verstehen könnte. Die Sprache Puschkins wurde halt durch die Sprache der ‚Grundlagen des Marxismus-Leninismus‘ nur partiell realisiert.

<sup>45</sup> Ebd.

„Verallgemeinerung praktischer Erfahrungen“ gewonnen, obwohl ihn jeder Mensch, der Folgen seiner Annahmen zu erfassen versucht, selbst der Generalsekretär eines kommunistischen Zentralkomitees, im Schließen verwendet. Und wohin man mit „Verallgemeinerungen“ wie „alle Schwäne sind weiß“ in Australien kommen kann, ist in der Wissenschaftstheorie eine alt bekannte Sache.<sup>46</sup> Die „Verallgemeinerung“ formations-theoretischer Meinungen über den Feudalismus durch Anwendung auf Afghanistan hat der KPdSU-Führung ihr Vietnam beschert und sinnlose Opfer gekostet. Mit solchen Feststellungen ist die Erkenntnis nicht zu vermeiden, das SED-ZK habe mit seinem Philosophiebrief eine vulgäre Okkupation des dialektischen Materialismus unternommen und keineswegs seiner Weiterbildung gedient.

Diese Erkenntnis wird unabweisbar, wenn man zuvor mit Bezug auf die im Februar 1958 abgeschlossenen Fraktionskämpfe lesen muss: „Die Gruppe Schirdewan-Wollweber vertrat die opportunistische Auffassung,..., während das Zentralkomitee sich für jene politische Linie entschied, die... auf dem Boden des dialektischen Materialismus stand und die Genosse Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des Zentralkomitees begründete.“<sup>47</sup> So wird sans phrase deklariert, dass der dialektische Materialismus seinen Hauptsitz im Hirn des Ersten Sekretärs habe, und jede als Fraktion diagnostizierte Gruppe in der Partei a priori *nicht* „auf dem Boden des dialektischen Materialismus“ stehe. Was am 1. März 1958 der Öffentlichkeit ungescheut zugemutet wird, ist die Annahme der *Meinung* des in Fraktionskämpfen siegreichen Ersten Sekretärs als Bestimmtheit des dialektischen Materialismus. Dieser scheint daher notwendig eine Folge von Äußerungen Erster Sekretäre mit der Einschränkung zu sein, dass der gerade im Amte befindliche Erste darüber befindet, ob die Äußerungen seiner und gegebenenfalls welcher Vorgänger noch Geltung haben oder zu vergessen sind. Das muss man, auch wenn man den Abbruch der DDR-Philosophie in der Wende 1989/91 als eine inakzeptable Enteignung und Entwertung empfindet, durchaus einen **Abbruch** der zuvor etablierten akademischen kommunistischen Philosophie nennen. Und man hat damit das geschichtlich durchaus neuartige Problem zu lösen, wieso kommunistische Philosophen mit überwältigender Leidenschaft zu kommunistischen Parteien drängen, während

---

<sup>46</sup> Es ist zuzugestehen, dass nicht jeder Parteiführer von den schwarzen Schwänen auf dem fünften Kontinent Kenntnis haben muss, aber wissenschaftstheoretische Kenntnisse wären schon zu empfehlen, da ja Wissenschaftspolitik unvermeidlich zum Arbeitsprogramm gehört.

<sup>47</sup> Ebd., S. 133. Die 30. SED-ZK-Tagung (nach dem 4. Parteitag) fand vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 statt.

kommunistische Parteien von Zeit zu Zeit ihre Philosophen leidenschaftslos eliminieren.<sup>48</sup>

Warum soll nach Meinung des SED-ZK die kommunistische Philosophie studiert werden? „Das Studium des dialektischen Materialismus in Verbindung mit dem Leben gibt uns die Klarheit, dass der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab gesetzmäßig, also gewiss ist. Dieser Nachweis ist die wichtigste Schlussfolgerung des dialektischen Materialismus.“<sup>49</sup> Im Jahre 2004 lässt sich gut verstehen, warum die Gewissheit vom Sieg im selbst gewählten Kampf so dringend gewünscht ist. Aber sie als „wichtigste Schlussfolgerung des dialektischen Materialismus“ auszugeben, heißt, diese Philosophie durch das SED-ZK mit seinem Ersten Sekretär an der Spitze auf den Hund zu bringen. Das dann folgende opportunistische Apparatschik-Argument macht es deutlich: „Wenn klar ist, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Gesetzmäßigkeit ist, ... kann man nur die Schlussfolgerung ziehen, ... dass man sich also in jeder Hinsicht auf den Sozialismus orientieren muss.“<sup>50</sup> Wer wird - schon angesichts seiner nicht hintergehbaren Einkommensbedürfnisse – den sicheren Sieger im Verteilungskampf ignorieren?

Es versteht sich für das SED-ZK: „Das Studium der marxistisch-leninistischen Philosophie hat bei uns nur Sinn, wenn es hilft, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu lösen.“<sup>51</sup> Der jugendliche Enthusiasmus, sich der Philosophie zu widmen zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält, kann so bestenfalls als verzeihliche Torheit zugelassen sein. Sie ist aufgehoben, wird sie durch den Entschluss ersetzt, als Philosophie-Student unter Ulbrichts Führung Parteiarbeiter zu werden – und so zu wie mit den Siegern der Geschichte zu gehen. Das ist die Perspektive, die der kommunistischen Philosophie in ihrem Umbruchjahr 1958 von der politischen Führung der DDR zugewiesen wird.

Diese Perspektive koppelt der 5. SED-Parteitag, zwischen dem 10. und 16. Juli 1958 in Berlin abgehalten, mit dem Beschluss, den endgültigen Aufbau der 'materiell-technischen Basis des Sozialismus' im Erfüllen der 'ökonomischen Hauptaufgabe' fortzusetzen, in 3 Jahren den Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern in Westdeutschland zu erreichen und zu übertreffen. Ulbrichts Zögling

---

<sup>48</sup> August Thalheimer war seit dem Januar 1929 eine Unperson, Kurt Sauerland überlebte – wie viele – seine UdSSR-Emigration nicht und war daher der DDR-Philosophie lange Zeit kein Rezeptionsgegenstand. Damit hat die kommunistische Philosophie, obwohl durch Moses Heß lange vor Engels und Marx konstituiert, keinen eigentlichen Schulzusammenhang ausbilden können, weil die kommunistischen Parteifractionen mit schöner Regelmäßigkeit Ausschlüsse so betrieben, dass sich die Geschichte der kommunistischen Philosophie wie eine gerupfte Folge „weißer Flecken“ ausnimmt.

<sup>49</sup> Ebd., S. 137

<sup>50</sup> Ebd., S. 139

<sup>51</sup> Ebd.

Honecker überschlägt sich dazu auf einer Kundgebung in der Versicherung, dieses Programm werde „so sicher wie das Amen in der Kirche“ erfüllt. Das sich so äußernde Selbstbewusstsein der Ulbricht-Führung ist bereits mit dem Sputnik-Start vom 4. Oktober 1957 aufgebläht worden (Generale hielten mit Blick auf die Waffentechnik die gewünschte Überlegenheit schon für eine bare Tatsache). Es wird noch gesteigert durch den Umstand, dass 1957/58 die westdeutsche Wirtschaft die gewöhnliche Depression eines Investitionszyklus erfährt. Sie wird in der DDR aufmerksam wahrgenommen: Die Arbeitslosenanzahl steigt bei gleichbleibender Quote von 3,7%.<sup>52</sup> von 753.000 im Jahre 1957 auf 763.000 im Jahre 1958 Dies veranlasst eine eilfertige lineare Extrapolation, die mit der kommunistischen Erwartung der ‚allgemeinen Krise des Kapitalismus‘ gekoppelt zu der Annahme führt, nächstens müsse nach dem Vorbild der Katastrophe vom Oktober 1929 das Desaster des Kapitalismus, seine „allgemeine Krise“, in heftige Erscheinung treten.<sup>53</sup> So ist die Siegesgewissheit der Ulbricht-Führung im Jahre 1958 wohl

---

<sup>52</sup> 1959 sinkt sie zur Überraschung der DDR-Führung auf 539.000 bzw. 2,6%, um dann 1962 den die 60er Jahre charakterisierenden Tiefstand von 0,7% zu erreichen, für die Prosperitätsphase des 4. Kondratieff natürlich zu erwarten.

<sup>53</sup> Im Entwurf eines Briefs von Ulbricht an Chruschtschow, der am 19. Januar 1961 zur Beantwortung der Frage Chruschtschows nach den Ursachen der kritischen Lage der DDR-Wirtschaft abgesendet worden ist, heißt es: „Im Jahre 1958, auf unserem V. Parteitag und bei der Ausarbeitung des Siebenjahrplans haben wir damit gerechnet, dass in der ökonomischen Entwicklung Westdeutschlands eine gewisse Stagnation eintreten wird und dass eine stärkere Belieferung mit den für unsere Wirtschaft entscheidenden Rohstoffsortimenten aus der UdSSR und aus anderen sozialistischen Ländern erfolgen kann. Die Entwicklung in Westdeutschland ist jedoch anders verlaufen. Westdeutschland hat 1960 in der Steigerung der Produktion und im Konsum den stärksten Zuwachs seit Kriegsende und nichts deutet bisher auf eine Änderung. Die Investitionen sind in Westdeutschland weiterhin sehr hoch und die Industrie ist voll durch Aufträge ausgelastet. - In der DDR hat sich dagegen im Jahre 1960 die Beschaffungsmöglichkeit für unsere wichtigsten Rohstoffe wesentlich verschärft. Den Import aus der UdSSR konnten wir im Jahre 1960 nur um knapp 2 % gegenüber dem Vorjahr steigern. Der Import aus Westdeutschland sank um 10 %. Um unsere Volkswirtschaft in Gang zu halten, mussten wir deshalb den Import aus kapitalistischen Ländern um fast 30 % steigern. Diese Importe reichten noch nicht aus und führten zu ernststen Schwierigkeiten in der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen im Jahre 1960. Aber da wir nicht genügend Exportwaren für die Bezahlung dieser Importe haben, mussten wir eine kurzfristige Verschuldung an kapitalistische Länder im Umfang von rund 550 Millionen Valutamark eingehen. Einen großen Teil dieser Verschuldung an kapitalistische Länder müssen wir 1961 zurückzahlen, d. h., wir müssen Waren an diese Länder liefern, für die wir keine Importe bekommen. - Das sind die Hauptgründe für die Lage, in der wir uns befinden ... Vgl.: SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 / 202 / 30, S. 7-8 des Entwurfs. Ich zitiere ohne Angabe der Streichungen, die am Entwurf von Ulbricht vorgenommen wurden. André Steiner hat Ulbrichts Brief vom 19. Januar 1961 in der Rückübersetzung aus dem Russischen publiziert in: Von der SBZ zur DDR: Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hg. v. H. Mehringer, München 1995 (Schriftenr. d. Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte; Sondernr.). S.242-254. Die aus dem Entwurf zitierte Passage findet man abgewandelt im Brief auf S. 249-250.

zu verstehen, wenn man unterstellt, dass Politiker nicht selten niedere Schläue mit allzu kurzfristigen Prognosen koppeln und Wünsche für an sich realisierbare Fakta halten.<sup>54</sup>

Natürlich bestimmt der Brief des SED-ZK zum dialektischen Materialismus nicht durchgängig das individuelle Verhalten der DDR-Philosophen in der nachfolgenden Periode. Er ist ja nur die Meinungsäußerung des oder der kommunistischen *Parteiprä-sentanten*. Doch bestimmt er den Rahmen, der in der philosophischen Produktion nicht ungestraft ignoriert werden kann. Zeiten ziemlich unbeschränkter Freiheit für die philosophische Forschung und Lehre sind in der Geschichte selten. Selbst Sokrates, der nun wahrlich mit seinem Leben für seine Polis stand, musste den Schierlingsbecher leeren – u. a. wegen ‚Jugendverführung‘, eines nicht wenigen Regenten offenbar wohl vertrauten Vergehens. In der DDR jedenfalls war klar, dass man von der ‚wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse‘, vom ‚gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus‘ etc. etc. zu *sprechen* hatte, was immer man *denken* wollte. Diese Sprechblasen in den Texten der DDR-Philosophie zu erfahren, ist mühevoll und – ich gebe es gern zu – langweilig.

## 2. Von den realen Bedingungen der philosophischen Produktion 1958 bis 1971

Die Euphorie der DDR-Führung des Jahres 1958 wird bereits ein Jahr später durch den Absturz der B-152 am 4. März 1959 (zur Zeit der Leipziger Messe) gedämpft. Es handelt sich um das erste europäische vierstrahlige Düsenpassagierflugzeug, das Brunolf Baade nach seiner Rückkehr aus der UdSSR seit 1954 als Frucht der neuen DDR-Flugzeugindustrie in Dresden vorführen wollte.<sup>55</sup> Auch das erneute Anziehen der westdeutschen Prosperitätsphase bedroht die Hoffnungen der SED-Führung. Schon im Frühjahr 1959 zahlen westdeutsche Unternehmer übertarifliche Löhne, die auch auf ostdeutsche Arbeiter ihre Sogwirkung ausüben. Obendrein erfährt die DDR-Führung zu ihrer Überraschung im Juni 1959, dass die UdSSR den bis dato mündlich

---

<sup>54</sup> Die hemmungslos artikulierte Euphorie wird auf dem 5. SED-Parteitag noch durch die Verkündigung der »Zehn Gebote der sozialistischen Moral« gekrönt. Diese Imitation Moses' auf dem Berge Sinai muss man sich vergegenwärtigen, um die Lage zu verstehen, aus der heraus später das Reformkonzept Ulbrichts zustande kommt. Es wird nach schmerzlichem Verlust der Siegesgewissheit gebildet mit der im strengen Sinne revisionistischen Annahme vom Primat der Ökonomie, d. h., der genauen Entgegensetzung zur Idee Lenins vom Primat der Politik. Vgl. dazu den Beitrag von Jörg Roesler in diesem Band.

<sup>55</sup> Um die Bedeutung dieses Faktums zu erkennen, bedenke man, dass die Passagierluftfahrt mit Sicherheit zu den Basisinnovationen des 4. Kondratieff gehört (seit 1980 werden keine Schiffspassagiere im Transatlantikverkehr mehr notiert, die Flugzeuge haben die um's ‚blaue Band‘ konkurrierenden Hochseeschiffe des 3. Kondratieff verdrängt). Mit dem Aufbau der Flugzeugindustrie seit 1954 befand sich die DDR also voll im ökonomischen Trend der bestehenden langen Welle.



vereinbarten Kauf von 100 Maschinen des Typs B-152 im Interesse der eigenen – sowjetischen – Flugzeugindustrie ablehnt.<sup>56</sup> Dennoch passt sie sich in Treue am 1. Oktober 1959 dem neuen sowjetischen Planrhythmus mit Annahme eines Siebenjahrplans an. Noch im Januar 1960 rechnet die Staatliche Plankommission in ihren ‚Thesen für die Grundlinie der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR bis 1975‘ damit, dass 1965 die wirtschaftliche Überholung Westdeutschlands (öffentlich wurde 1961 proklamiert) und 1966-1975 die Periode des allmählichen Übergangs zum Kommunismus für die DDR eintreten werde. Ulbricht setzt die Zusammenfassung der Einzelbauern zu Genossenschaften bis April 1960 im gesamten DDR-Gebiet als aus dem ZK-Brief zum dialektischen Materialismus bekannte „Widerspruchslösung“ durch. Sie heißt "der sozialistische Frühling". Damit ist die Dominanz des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, das eigentliche kommunistische Ziel, mittels der Staatsmacht realisiert.

Am 26. August 1960 wird der 2. Prototyp der B-152 im Flug erprobt, obwohl die Ablehnung des Kaufs von Maschinen dieses Typs durch die UdSSR seit Juni 1959 entschieden und der DDR-Führung bekannt ist. Nach USA-Reise Adenauers und nach der am 13. September 1960 durch die DDR-Behörden erklärten Nichtanerkennung der Westberliner Reisepässe beschließt die BRD-Regierung auf Anregung ihres Außenministers Brentano am 30. September 1960, das Berliner Abkommen vom 20. September 1951 (das Interzonenhandelsabkommen) per 31. Dezember dieses Jahres zu kündigen. Damit ist die Existenz von Vorprodukten für DDR-Erzeugnisse, die auch in die UdSSR geliefert werden müssen, für das Jahr 1961 in Frage gestellt.

So kommt es am 30. November 1960 zum Gespräch Ulbrichts mit Chruschtschow, in dem der SED-Chef die UdSSR bittet, zur ‘Störfreimachung’ der DDR-Wirtschaft, welche doch Lieferverpflichtungen der Sowjetunion gegenüber getreulich erfüllen möchte, die bisher westdeutschen Lieferungen gewisser Rohstoffe und Halbfabrikate zu übernehmen. Ihm wird mitgeteilt, dass das ein frommer Wunsch

---

<sup>56</sup> Noch am 26. März, 12 Tage nach dem durch unverantwortliche Anforderungen Baades provozierten Absturz des Flugzeugs, wurde versichert, dass die UdSSR die mündlichen Vereinbarungen einhalten werde. - Das Studium der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten des RGW, nun wenigstens vermittelt Kenntnisnahme der DDR-Akten im Bundesarchiv (SAPMO) teilweise möglich, ist für das Erkennen und Verstehen des Zusammenhangs zwischen der Idealität und der Realität des Kommunismus – nach klassisch marxistischer Theorie! – von der äußersten Wichtigkeit. Die UdSSR hat den Kauf der 100 DDR-Flugzeuge nach altem protektionistischem Modell abgelehnt, um ihre bereits fliegende TU-104 und die fertigestellte Il-18 einzusetzen, obwohl bekannt war, dass die sowjetischen Flugzeuge um etwa 21% unwirtschaftlicher als die DDR-Flugzeuge vom Typ der B-152 gewesen sind. Das Schicksal der 152 ist nicht wegen des unsinnigen Absturzes, sondern wegen der Konkurrenz zwischen russischen und deutschen Kommunisten – als Flugzeuganbieter – besiegelt worden. – Von der Konkurrenz aus den USA oder Großbritannien muss nicht geredet werden, weil sie sich von selbst versteht. Ulbricht hätte die Basis eines F. J. Strauß haben müssen, um Dresden zu dem zu machen, was Toulouse heute ist (Zentrum des erfolgreichen Airbus). Die Frage lautet – für tapfere Verteidiger der kommunistischen Idee, die hemmungslos die osteuropäische Erfahrung ignorieren, sei sie gestellt - : Wieso können kapitalistische Konkurrenten kooperieren, kommunistische Brüder aber nicht? Dieses Problem muss gedacht werden, soll ein Teilstück deutscher und auch sonstiger Geschichte begriffen werden.

bleibt. Im Dezember 1960 muss der 6. Deutsche Bauernkongress in Rostock über Rückschläge und Planschulden wegen des ‚sozialistischen Frühlings‘ diskutieren. Die 11. SED-ZK-Tagung vom 15. bis 17. Dezember 1960 behandelt die Wirtschaftslage und nimmt Bruno Leuschners Erklärung zur Kenntnis, dass Einholen und Überholen der BRD nicht möglich sind.

Die BRD-Regierung dämpft das Desaster ein wenig, indem sie am 29. Dezember die Rücknahme der Kündigung des Abkommens über den innerdeutschen Handel zum 31. Dezember mitteilt. Dennoch bleibt die erfahrene Drohung Bedingung kommender Wirtschaftsentscheidungen der DDR-Führung. Im Januar 1961 wird an der schon zitierten Stellungnahme zu den Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR gewerkelt, die Chruschtschow gefordert hatte. Im Entwurf vom 18. Januar ist zu lesen: 1961 hat die DDR ein Zahlungsbilanzdefizit von rd. 1,35 Mrd. VM, davon mehr als 0,8 Mrd. gegenüber der SU und mehr als 0,5 Mrd. gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet. So wird die UdSSR um Kredit in Höhe von 170 Mill. Rbl. = 800 Mill. VM gebeten, der ab 1966 zurückgezahlt werden kann. Könnte der Kredit nicht gewährt werden, ist die DDR unfähig, das Lebensniveau von 1960 zu halten und stünde dann „vor einer tiefen Krise“.<sup>57</sup>

Statt 1966 den „allmählichen Aufbau des Kommunismus“ zu beginnen, wie noch im Januar 1960 gemeint, ist nun klar, dass zu diesem Zeitpunkt vielmehr Schulden abzutragen sind. Das Siegesbewusstsein von 1958 hat sich im Verlaufe von nur zwei ein halb Jahren zum handfesten und wohlbegründeten Krisenbewusstsein gemausert. Dieser Prozess muss zum besseren Verständnis der Wandlung Ulbrichts vom harten Dogmatiker zum ökonomischen Reformier noch weiter skizziert werden. Im März 1961 berät die 12. SED-ZK-Tagung Auswege aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie beschließt u. a. die Demontage der DDR-Flugzeugindustrie zugunsten des Stopfens von Löchern in anderen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie.<sup>58</sup> Am 20. März teilt Leuschner aus Moskau Ulbricht mit: Die bisher wichtigsten Verhandlungen mit der UdSSR thematisieren „zum ersten Mal die ökonomischen Grundfragen der DDR tiefgehend und umfassend“. Einen Monat später liefert Leuschner Ulbricht seine erste Beurteilung der Wirtschaftsgespräche in Moskau, worin er u. a. notiert: „Gegenüber den Annahmen des Siebenjahrplans ist in den Jahren 1959 und 1960 die Republikflucht

---

<sup>57</sup> Vgl.: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/30. Im deutschen Entwurf des Briefs vom 18. Januar 1961 ist die „tiefe Krise“ offenbar von Ulbricht mit Bleistift zu „ernsten Krisenstimmungen“ subjektiviert.

<sup>58</sup> Schon am 28. Februar 1961 hatte das SED-Politbüro das Ende der DDR-Flugzeugindustrie beschlossen – mit Sicherheit zum größten Leidwesen Ulbrichts, der in der Entwicklung dieser Industrie die Chance einer technischen Revolution auf dem Boden der DDR erkannt hatte. Das Ende des Unternehmens, der DDR-Flugzeugindustrie - und damit auch der DDR-Hochtechnologie wie der TU Dresden - eine große Zukunft zu verschaffen, signalisiert – vor dem Mauerbau! - das Ende der deutschen kommunistischen Siegesgewissheit. Wer aus der Durchsetzung von Basisinnovationen im Kondratieff aussteigt, hat verloren.

angestiegen.“ Statt der erwarteten Flucht von 13.000 Arbeitskräften betrage der wirkliche Abgang bis zum 30. April aber 29.000 Personen.

Anfang Mai 1961 schließlich gibt die Staatliche Plankommission den Siebenjahrplan auf (‘präzisiert’ sie ihn, wie es öffentlich heißt). Die 13. SED-ZK-Tagung vom 3.-4. Juli 1961 schlägt vor, was Regenten angesichts einer Krise immer zuerst einfällt, organisatorische und personelle Änderungen der Wirtschaftsführung; u. a. soll ein Volkswirtschaftsrat als Organ des DDR-Ministerrates mit der Aufgabe gebildet werden, die Stabilisierung der Wirtschaft und die Durchführung der Volkswirtschaftspläne zu organisieren. Dies wird von der Regierung am 5. Juli beschlossen. Vorsitzender wird Alfred Neumann; G. Mittag, 35 Jahre alt, wird als sein Stellvertreter berufen. Gleichzeitig ersetzt Karl Mewis, bis dato Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, Bruno Leuschner im Vorsitz der Staatlichen Plankommission<sup>59</sup>. Diese Änderungen nützen nichts. Vom 1. Januar 1961 bis zum 15. August fliehen 159.730 Menschen aus der DDR<sup>60</sup>.

Die fortlaufende Flucht wird nach Zustimmung der Staaten des Warschauer Vertrages vom 5. August 1961 mit dem Mauerbau am 13. August beendet. Damit ist in Deutschland weltgeschichtlich ratifiziert, dass die kommunistische Wirtschaft den offenen Wettbewerb mit der Wirtschaft des persönlichen Privateigentums verloren hat. Aber Deutschland ist ein besetztes Land, nur in seinen beiden Teilstaaten von beschränkter Souveränität, so dass diese Ratifikation gewissermaßen provinziellen Charakter zu haben, ein „bloß deutsches“ Phänomen zu sein scheint. Sonst wird das Problem, ob das nationale, kommunistisch verfasste Gemeineigentum oder das demokratisch verfasste persönliche Privateigentum die moderne soziale Frage besser zu beantworten weiß, weiterhin Gegenstand der politischen Auseinandersetzung unter dem Namen des ‚Kalten Krieges‘. Das ermöglicht auch die Eigensuggestion der DDR-Führung, einen „antifaschistischen Schutzwall“ gebaut zu haben, obwohl natürlich jeder weiß,

---

<sup>59</sup> Dieses Glückes kann er sich nur bis Anfang Januar 1963 erfreuen. Dann taucht ein schwedisches Polizeidossier über sein Verhalten in der Emigration auf, und Erich Apel wird Leiter der Staatlichen Plankommission.

<sup>60</sup> Vom 1. September 1949 bis zum 15. August 1961 sind es insgesamt 2.691.270, d. h. mehr als 13 % der 1949 gegebenen Population.

dass die Mauer verhindern soll, dass *ost*deutsche Arbeiter *west*deutschen Unternehmern die altbekannte Aufforderung zurufen können: „Meister, gib uns Arbeit!“<sup>61</sup>

Die Grenzschießung verursacht erhebliche Zusatzkosten, die Ulbricht in der ohnehin schon desolaten Situation genau zur Kenntnis nimmt. Daher wird in der Folge vom Herbst 1961 bis zum Herbst 1962 im SED-ZK generell die Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform diskutiert. Vom 10. bis 11. Oktober 1961 tagt eine Wirtschaftskonferenz des SED-ZK und des DDR-Ministerrats mit Funktionären der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane sowie gesellschaftlicher Organisationen in Berlin.<sup>62</sup> Im Februar 1962 beschließt 16. SED-ZK-Tagung die letzte Reduktion des laufenden Siebenjahresplans. Man weiß endgültig, dass er unerfüllbar ist.<sup>63</sup> Bruno Leuschner spricht von der Notwendigkeit einer längeren Stabilisierungsperiode, vom Ausbau einer rentablen Exportgüterindustrie und strenger Kontrolle der Importe. Damit ist das Stichwort der nun einsetzenden Reformphase gegeben.

Als erster Schritt wird im März 1962 der westdeutschen Bundesrepublik bei der Treuhandstelle für den Interzonenhandel ein Kreditersuchen übermittelt. Die BRD-Regierung bestätigt es formell. Adenauer wird zum ersten Vertreter der neuen Ostpolitik. Er sagt, nunmehr müsse eine Politik betrieben werden, die auf Ruhe an der Mauer zielt. Darum sei die Bundesrepublik bereit, Ostdeutschen Renten und Pensionen zu zahlen und außerdem den Swing-Kredit auf 280 Millionen DM zu erhöhen. Dieses Signal kommt über die Treuhandstelle zu Ulbricht, der es umgehend dem sowjetischen Botschafter mitteilt.

---

<sup>61</sup> Es gehört zu den rohkommunistischen Dummheiten zu wännen, dass die *persönliche Freiheit des Arbeiters*, seit dem Mittelalter als Gesellenfreiheit, seinen Meister zu wählen, in Deutschland Selbstverständlichkeit, durch Grenzziehungen der Besatzungsmächte im Nachkriegsdeutschland aufgehoben sein könnte. Hätten die volkseigenen Betriebe höhere Löhne als die westdeutschen Unternehmer - in konvertibler Währung - gezahlt, wäre eine Umkehrung der Bevölkerungswanderung sicher gewesen. Diese Wahrnehmung hat die ideologische Verblendung des kommunistischen Parteibewusstseins nicht zugelassen. Sie hätte die Denkrichtung andeuten können, in der nach einem Ausweg aus der Krise, in die die Verwirklichung von Lenins Politikprimat unweigerlich führen musste, hätte gefahndet werden können. Die Schließung des Arbeitskraftabflusses von der DDR in die BRD am 13. August 1961 ist gewiss Bedingung dafür, dass im November 1961 erste türkische Gastarbeiter, vorerst auf 2 Jahre beschränkt (die Beschränkung wird von der Industrie bald aufgehoben), nach Westdeutschland kommen. Ab Januar 1962 beschäftigt VW massenweise italienische Arbeiter. Am 10. September 1964 trifft auf dem Bahnhof Köln-Deutz Armando Rodriguez aus Portugal als einmillionster Gastarbeiter in der BRD ein; er wird mit einem Strauß Nelken, einem ‚Diplom‘ und einem 2-sitzigen Moped, Marke Zündapp, begrüßt. 1973 wirken in der BRD 2,6 Millionen Gastarbeiter; am 23. November des Jahres verhängt die Bundesregierung für ausländische Gastarbeiter einen Anwerbestopp. Dieser ganze massive Zufluss von Arbeitskraft zuerst aus der DDR, danach aus dem Ausland ist natürlich Signum der Prosperitätsphase des 4. Kondratieff, die mit ökonomischer Naivität „Wirtschaftswunder“ genannt wird.

<sup>62</sup> Vgl. J. Roesler in diesem Band.

<sup>63</sup> So ist das Schicksal der Losung vom ‚Überholen, ohne einzuholen‘ notwendig der Gang ins Kabarett und in den Volkswitz.

Weiter wird - durchaus nach sowjetischem Vorbild - im April 1962 im Berliner Bahnhof Friedrichstraße der erste Intershop-Kiosk eröffnet, zunächst nur für westdeutsche Besucher und nur für Zigaretten mit Preisen in US-\$, dann auch für Spirituosen. Jetzt agiert der deutsche kommunistische Staat als Händler mit nicht selbst produzierten Waren im Interesse der Einnahme konvertibler Fremdwährung, deren Besitz er seinen Staatsbürgern ausdrücklich unter Strafandrohung verbietet. Die marxistische „Kritik der Nationalökonomie“, von Engels 1844 nach dem Vorbild der Anhänger Owens aus der Taufe gehoben, von Marx ‚Kapital‘ fortgeführt, hätte diesen neuartigen Händler sofort als schäbigen Krämer Dantes Hölle überantwortet. Aber kein DDR-Philosoph und kein DDR-Ökonom konnte von solchem Verdikt auch nur träumen. Was im April 1962 begann, das sollte nicht übersehen werden, wurde am 1. Juli 1990 vollendet: Die ganze DDR wurde zum Intershop.

Am 9. September 1962 erscheint in der *Pravda* der berühmte Artikel von E. Liberman unter dem Titel: „Plan, Gewinn, Prämie“.<sup>64</sup> Am 11. Dezember 1962 erteilt das SED-Politbüro Willi Stoph, der den schwer erkrankten Otto Grotewohl bereits faktisch als Ministerpräsident ersetzt, den Auftrag, eine zentrale Arbeitsgruppe zu bilden, Grundfragen der Wirtschaftsreform zu klären. In seinem Interview vom 14. Dezember 1962 erklärt Ulbricht in Leipzig öffentlich, das Primat der Politik müsse durch das der Ökonomie ersetzt werden. Wer die russisch dominierte Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert kennt, muss zugeben, dass diese Erklärung ein unerhörtes Vergehen gegen die Grundannahme Lenins bedeutet. Sie besteht - übrigens im Gegensatz zur Marxschen Sicht von der wesentlich ökonomischen Einrichtung des Kommunismus - darin, das Primat der Politik als apriorischen Grundsatz zu behandeln. Daher ist ‚die Frage nach der Macht‘ die wirkliche Grundfrage kommunistischer Politik im Geiste Lenins gewesen und die Versicherung: ‚Wir lassen uns die Macht nicht nehmen‘, die penetrant wiederholte Grundbehauptung.<sup>65</sup> Da Ulbricht mit Hilfe seiner jeweiligen Bundesgenossen alle seine möglichen Führungskonkurrenten bis 1958 ausgeschlossen hatte, ist niemand da, der ihn im Namen Lenins zur Ordnung rufen darf. Seit Dezember 1962 ist somit in der DDR die Dominanz der Wirtschaftspolitik als Reformunternehmen parteiamtlich proklamiert. Den Markt als Kriterium des Plans anzuerkennen, wird Inhalt des Wirtschaftsreformkonzepts in Ulbrichts Sicht, das er bis zu seiner Absetzung verteidigt.

---

<sup>64</sup> Zu dem J. Roeslers Beitrag zu vergleichen ist.

<sup>65</sup> Was allerdings mit der Macht gemacht werden sollte, haben die im militärischen Zeitgeist des imperialistischen Kondratieff räsonierenden kommunistischen Ideologen nicht begreifen können. Mielkes Verständnis der Macht hat nur niedere Schläue realisiert und dadurch mehr als 100 km Papier in Gestalt von Dossiers hinterlassen, die in vielleicht möglichen Prozessen als Beweismittel präsentiert werden sollten. Die Kosten solcher Produktion standen außerhalb des Gesichtskreises, und ein Vergleich der Papiermengen mit der Anzahl der durch sie gesetzten Prozesse einschließlich der erforderlichen Mengen von Richtern blieb wohl auch im Nebel stecken. Die Rohkommunisten haben nie die Kosten ihres Tuns thematisiert.

Die Geschichte dieses Reformvorhabens, die die reelle Basis der Aktivitäten der DDR-Philosophie in den 60er Jahren ist, verläuft konfliktreich. Der Reformversuch wird schon im Frühjahr 1964 im SED-ZK-Apparat, dem Zentrum der DDR-Verwaltung<sup>66</sup>, mit der Funktionärsfrage konterkariert: Sollen wir "sozialistische Millionäre" dulden? Ordentliche kommunistische Revolutionäre mögen das nicht. Weiter kam im ZK-Apparat die Sicht auf: Der Alte redet nur noch mit Wissenschaftlern und nicht mit uns.

Im Oktober 1964 verliert Ulbricht mit Chruschtschows Absetzung seinen Bundesgenossen im Streit für die Reform. Breschnew reproduziert im Interesse des militärisch-industriellen Komplexes<sup>67</sup> die ministerielle Produktionsleitung und verlangt von der DDR Zulieferungen für die sowjetische Wirtschaft, aber keine autonomen Operationen von DDR-Betrieben auf dem Weltmarkt, wie sie Reformer Erich Apel im Sinne der Vision Bruno Leuschners avisiert. Er erklärt: Wir brauchen von euch mehr Schiffe, mehr Möbel, mehr Maschinen usw. und alles zu gleichbleibenden Preisen. Die neue KPdSU-Führung zwingt mit Akzeptanz des gegebenen Produktionsniveaus die DDR, ein Zulieferland für die UdSSR zu werden. Ende November 1965 kommt Breschnew zum Abschluss eines umfassenden Wirtschaftsabkommens nach Berlin. Vor der Unterzeichnung am 3. Dezember begeht Erich Apel Selbstmord. Wie mannigfach dieser Akt auch motiviert gewesen sein mag, er signalisiert das Ende des Reformbeginns. Was folgt, ist ein komplizierter Abwehrkampf Ulbrichts zur Verteidigung seiner Reformabsicht. Im Dezember 1965 findet die für das DDR-Kulturleben berüchtigte 11. SED-ZK-Tagung statt, die eigentlich der Kritik der Reformpolitik Ulbrichts dienen sollte, aber ihm die Möglichkeit bietet, in den Banausengesang vieler ZK-Mitglieder gegen die Kunstproduzenten einzustimmen und so die Einheit der Führung zu fingieren.

Auch die äußeren Bedingungen werden für die DDR-Reform zunehmend schlechter. Am 27. Juni 1968 veröffentlicht *Literarni Listy* das 'Manifest der Zweitausend Worte', formuliert von L. Vaculik, bereits 1967 aus der KPČ ausgeschlossen. In Moskau und anderen Orts wird das Manifest als Proklamation der Konterrevolution gedeutet. Die KPČ-Führung legt am 6. August 1968 ein neues antizentralistisches Statut mit dem Ziel vor, es im September vom 9. Parteitag beschließen zu lassen. Mit dieser Entwicklung besteht 1968 die Möglichkeit, die demokratische Republik als Mehrparteiensstaat zu restaurieren und das leninistische Erbe des kommunistischen Parteistaats

---

<sup>66</sup> Das Politbüro des SED-ZK hatte bereits am 12. 7. 1960 unter dem Titel der weiteren Verbesserung der Arbeit der Staatsorgane die Unterordnung des DDR-Ministerrats unter sich beschlossen. Am 14.7. erkannte der DDR-Ministerrat diesen Beschluss an. Damit waren ZK-Abteilungsleiter quasi Minister und ZK-Sekretäre, wenn sie wollten, dem Regierungschef übergeordnet. Günter Mittag wollte es, wie Willi Stoph mit einem Zug von Empörung in der Wende mitteilte. Die DDR war also im strengen Sinne ein Parteistaat.

<sup>67</sup> Forcierung des Baus einer riesigen Atom-U-Boot-Flotte.

aufzulösen. Das, was 1989 in allen kommunistisch beherrschten Ländern Europas umgehend - mit sowjetischer Zustimmung - realisiert worden ist, hat 1968 die neue KPČ-Führung mit dem Prager Frühling gesetzt.

Damals ist die Zeit nicht reif gewesen, diese Möglichkeit zu verwirklichen. Die russische kommunistische Führung hat die Mehrparteiendemokratie mit ihrer Möglichkeit der *Abwahl kommunistischer Regierungen* nicht für eine akzeptable Form politischer Gemeinschaft gehalten. Sie, eben beschäftigt mit dem gewaltigsten Seerüstungsprogramm, das Russland je erfahren hat, ist noch zutiefst von der *militärischen* Sicherung des kommunistischen Führungsanspruchs überzeugt gewesen, die Erfahrungen des deutschen Überfalls vom 22. Juni 1941 im Bewusstsein. Sie hat sich angesichts ihrer militärischen Mittel und ihrer Erfahrungen in der Ungarn- und Suezkanal-Krise von 1956 auch als stark genug gesehen, eine solche Entwicklung nicht zuzulassen.

Der militärische Einmarsch in die ČSSR bedeutet das faktische Ende der Reform in der DDR, wenngleich sich der Reformabbruch noch zwei Jahre hinzieht. Denn mit ihm wird auch der von Otá Šik propagierte und in der DDR intensiv rezipierte Marktsozialismus obsolet<sup>68</sup> - und damit Ulbrichts Idee, den Markt als Kriterium des Plans zu verstehen. Die Panzer, die im August 1968 den Prager Frühling niederwalzen, beenden die Möglichkeit für DDR-Intellektuelle, diese Idee öffentlich weiter zu erwägen. Wieder wird die Keule des Revisionismuskorrekturen (wie schon 12 Jahre zuvor) gegen die Wissenschaft, gegen Jurisprudenz, Ökonomie usw. geschwungen, um attackierte Personen aus Instituten hinauszuerwerfen, im Hinauswurf zu genießen, etwas Befriedigendes im Klassenkampf getan zu haben.<sup>69</sup> Der Abbruch der Wirtschaftsreform ist am 3. Mai 1971 besiegelt, als Ulbricht durch Honecker mit Breschnews und der SED-Politbüromehrheit Hilfe ersetzt wird.<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> Einen Monat nach dem Einmarsch in die ČSSR charakterisiert G. Schulz vom IfG beim SED-ZK im ‚Neuen Deutschland‘ vom 21. 9. 1968, S. 11 „Die untaugliche Konzeption Otá Šiks“: Der „Marktmechanismus“ habe sich „seit langem als unfähig erwiesen, die Probleme einer modernen Wirtschaft zu lösen“. Noch im April versicherte er in der gleichen Zeitung, dass „wir keineswegs den Markt als wichtiges Element des Reproduktionsprozesses ignorieren, sondern eine auf den Absatz orientierte Produktion betreiben“ (in: ND v. 13./14. April 1968, S. 15).

<sup>69</sup> Hart trifft es wieder Hermann Klenner, der schon 1958 die Rechtsakademie Babelsberg mit einer Bürgermeisterei im Oderbruch tauschen musste, weil er Genossen Ulbricht nicht zuzumuten war, und nun seine ‚Konzeptionellen Gedanken zu einem Lehrbuch Rechtstheorie Sozialismus‘ von Generalstaatsanwalt Streit auf der SED-ZK-Tagung im Herbst 1968 als ‚Schmutz‘ und ‚Verzicht auf die sozialistische Staatsmacht‘ diagnostiziert erfährt. Seine Arbeitsstelle für Staats- und Rechtstheorie an der Akademie wird 1969 gestrichen, er aber in die Gemeinschaft der DDR-Philosophen am Zentralinstitut für Philosophie derselben Akademie aufgenommen.

<sup>70</sup> Unter Honeckers Führung lebt der deutsche Kommunismus in der Folgezeit begriff- und hemmungslos auch von Krediten aus kapitalistischen Mehrwerten. Dieser Führung gelingt das Kunststück, mehr zur Konsumtion zur Verfügung zu stellen als durch Produktion hervorzubringen. Dafür muss die DDR seit 1977 Kredite aufnehmen, um Kredite zu tilgen. Im Juni 1983 springt F. J. Strauß ein, den seit Juni 1982 für die DDR fühlbaren Kreditboykott durch den bekannten Milliardenkredit zu konterkarieren. Damit ist erklärt, dass die BRD für die DDR bürgt. So legt die Honecker-Administration Helmut Kohl den Schlüssel zur deutschen Einheit in die Hand. Dieser kann dadurch 1989 die Bedingungen neuer Kreditvergabe diktieren, d. h. die kommunistische Macht, die längst konzeptionslos geworden war, abwählen lassen.

### 3. Institutionelles Wachstum der DDR-Philosophie vom 5. bis zum 8. SED-Parteitag

Die im eingangs erwähnten SED-ZK-Brief zum dialektischen Materialismus deklarierte philosophische Kompetenz der Parteiführung ist von den DDR-Philosophen ohne öffentlichen Widerspruch aufgenommen worden. Sie, in der Regel Mitglieder der Partei, deren Zentrale am 1. März 1958 entschieden zu wissen bekundet hat, was doch Inhalt ihrer Produktion ist, stellten die Parteidisziplin gegenüber den SED-ZK-Äußerungen stets höher als die eigene Erkenntnis. Bedingung dafür ist allerdings gewesen, dass die aktuelle Parteiführung redet, nicht eine vergangene, etwa durch die momentan agierende abgewertete. Es handelt sich mithin in der Philosophensubordination nicht etwa um die freie Unterordnung unter die Meinung der Führungsperson, sondern unter die der Führungs*institution*, die das führende Individuum nur vertritt.

Das die Führung repräsentierende Individuum war am 1. März 1958 Walter Ulbricht. Am 3. Mai 1971, nach dem Ende der hier zu beschreibenden Periode, war es Erich Honecker. Man mag an den Zitaten der Philosophen nachprüfen, ob ihre Texte vor oder nach dem Datum des Rücktritts Ulbrichts von der Parteiführung verfasst wurden, ob sie also mit Ulbricht-Zitaten oder mit Honecker-Zitaten operierten. Im Wechsel der Zitation von Äußerungen irgendwelcher Parteifunktionäre bekundeten die DDR-Philosophen (wie die kommunistischen Philosophen anderer Länder auch) stets ihre *Parteitreue*, nie ihre Anhänglichkeit an diesen oder jenen Funktionär. Der nach dem 20. KPdSU-Parteitag namhaft gemachte ‚Personenkult‘ hat nie bestanden. Es handelte sich immer um den *Parteikult*. Eine Partei ist a priori keine Personengesellschaft, sondern eine Individuengemeinschaft, so dass von Personen, die Gegenstand eines Kults sein könnten, gar keine Rede sein kann. Um die für Parteiaktionen unerlässliche Eindeutigkeit der *Partei*meinung zu sichern, muss der Erste Sekretär (bzw. der Generalsekretär, den subalterne Funktionäre auch kurz ‚General‘ nannten) diese Meinung, die eben dadurch ihren *individuellen* Charakter nicht verliert, artikulieren. Das muss er nicht nur wollen, sondern das wird ihm vor allem von den nachgeordneten Funktionären aufgedrängt. Es ist also bei allem Staunen über den Eifer, SED-Führungsfiguren zu zitieren, stets in Rechnung zu stellen, dass er nicht Akkomodationsbereitschaft der DDR-Philosophen gegenüber Macht habenden Individuen reflektiert, sondern *Parteitreue*.

Die Frage nach den Ursachen dieser *Parteitreue* der Gründer- und der Aufbaugeneration<sup>71</sup> ist selbstverständlich zu stellen. Sie ist keineswegs schwierig zu beantworten,

---

<sup>71</sup> In der ‚Siegergeneration‘, die Nutznießer des etablierten Systems ist, erlischt die *Parteitreue* oder wird in nicht wenigen Fällen zur zynischen Verhüllung des altbekannten Privategoismus zelebriert.



wenn man das historische Milieu zur Kenntnis nimmt, in dem die kommunistische Partei entsteht und ihren Kampf aufnimmt. Gegen Ausbeutungs- und Unterwerfungsversuche in Wirtschaft und Politik hilft nur der Zusammenschluss der betroffenen Individuen in Gewerkschaften und Parteien. Die Hilflosigkeitserfahrungen der vereinzelter Arbeiter im imperialistischen Kondratieff im allgemeinen und im Ersten Weltkrieg wie in der Weltwirtschaftskrise insbesondere machen ziemlich einfach klar, dass vielen von ihnen die kommunistische Partei als das einzig Erfolg versprechende Mittel erschien, sich den Ausweg und vielleicht die Emanzipation zu erzwingen.<sup>72</sup>

Die hier zu beurteilende Periode von 1958 bis 1971 besteht nun gerade darin, dass wir es nicht mehr mit einer kommunistischen Partei zu tun haben, die, von der bürgerlichen Welt ausgeschlossen, gegen diese kämpft, sondern mit einer, die gesiegt hat und entschlossen ist, die politische Macht nicht mehr aus ihren Händen zu geben. Darin ist der Parteikult zwar vorausgesetzt. Aber es geht jetzt darum, welche Folgen der effektive Machtgebrauch unter seiner Bedingung tatsächlich impliziert. Man muss feststellen, dass die führenden Parteifunktionäre immer wussten: „Wir lassen und die Macht nicht nehmen“, aber nie wirklich begriffen, was sie mit der Macht *machen* sollten. Platon wollte einst die Fürsten zu Philosophen bilden. Jetzt, zu Beginn des Jahres 1958, stellte sich die Sache so dar, dass die Fürsten (die Ersten) sich als Philosophen proklamierten, während sich die Philosophen von Profession auf die Höhe des Verständnisses der Fürstenworte zu schwingen hatten. Dies setzte einen Selektionsmechanismus in Gang, in dem schließlich jede geistige Neuerung, falls sie nicht vom Fürsten beglaubigt war, als Revision des Bewährten unter Verdacht insbesondere Konkurrerender geriet, womit die Stagnation des Denkens das erstrebenswertes Heil im etablierten Institutionensystem der DDR-Philosophie werden musste.

Dieses Heil, am Ende der Prosperitätsphase des 4. Kondratieff 1980 perfekt erreicht, ist allerdings 1958 noch keineswegs empirisch erkennbar. Vielmehr läuft der Etablierungsprozess der DDR-Philosophie unter Parteiregie bemerkenswert flott: In diesem Jahre wird im Anschluss an den 12. Internationalen Kongress für Philosophie

---

<sup>72</sup> Im Unterschied zur Nazipartei, die die soziale Frage erklärtermaßen durch Unterwerfung fremder Völker zu lösen proklamierte, also auf erneuerte Herrschaft und Knechtschaft aus war, hatte die kommunistische Partei das persönliche Privateigentum als den Grund für die Existenz dieser Frage gedeutet, daher die menschliche Emanzipation im Ideal des universellen Gemeineigentums avisiert. Das unterscheidet den Kommunismus vom Faschismus ein für allemal und bestimmt die Redeweise von den „zwei Diktaturen“ als gedankenlose Abstraktion. Dies festzustellen, heißt natürlich nicht zu leugnen, dass der bolschewistische Kommunismus mit der Transformation des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg den „roten Terror“ zum mehr oder weniger permanenten Herrschaftsmittel gemacht hat. (Es gibt aber auch ganz andere Arten des Kommunismus.) Zu begreifen, wie aus der kommunistischen Denunziation des persönlichen Privateigentums, des Marktes und des Geldes der GULag hervorgeht, steht wohl noch ebenso aus wie zu begreifen, warum die Deutschen Hitler zuließen und ihm bis zum Ende folgten.

in Venedig und Padua die ‚Vereinigung der Philosophischen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik‘ mit Klaus Zweiling als Präsident gebildet<sup>73</sup>. Diese Namensgebung bezeichnet – sicher den Teilnehmern nicht bewusst – exakt den generellen Vorgang der Vorordnung der *Institution* bei Rücknahme der *Person*. Die eigentlichen Akteure des Vereinigens sind nicht Einzelmenschen als Personen, d. h. als mögliche Vertragspartner, sondern Institutionen, die in ihren Vertretern effektiv handeln. Daher ist auch nicht ihre Personalität (Persönlichkeit) gefordert, sondern ihre Funktionalität. Das philosophierende Individuum mausert sich daher in diesem System nicht zur Person (sie ist vielmehr a priori der mit der kommunistischen Partei gesetzte Konflikt), sondern zum *Funktionär*, unter dem Namen ‚Parteiarbeiter‘ gewollt.<sup>74</sup> 1961 wird die ‚Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR‘ auf der Tagung des leitenden Komitees der ‚Fédération Internationale des Sociétés de Philosophie‘ (FISP) in Santa Barbara (USA) in die Internationale Vereinigung aufgenommen.<sup>75</sup>

Mit Blick auf die Teilnahme an internationalen Soziologiekongressen konstituiert sich eine ‚Sektion Soziologie in der Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR‘ unter Vorsitz von Hermann Scheler, für den die Soziologie zunächst gar keine eigene Disziplin ist. Sie wird auf Antrag im Januar 1963 rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres in die Internationale Soziologengesellschaft (ISA) aufgenommen. Vom 7. bis 14. September 1963 findet in Mexiko-City der XIII. Kongress der FISP statt, an dem DDR-Philosophen erstmals als vollberechtigte Mitglieder teilnehmen.<sup>76</sup>

Das System der philosophischen Universitätsinstitute wird zu Beginn der hier betrachteten Periode noch erweitert: Die Arbeitsgruppe Philosophie an der DAW wird 1961 unter Leitung von Georg Klaus Institut. Und auf dem Höhepunkt der Reformphase erhält die Technische Universität Dresden am 1. Januar 1964 auch ein Institut für Philosophie. Seine Leitung übernimmt Erwin Herlitzius, bisher Bergakademie Freiberg. Die Abteilung Philosophische Fragen der Naturwissenschaften und Technik des

---

<sup>73</sup> Der Kongress findet vom 12. bis 18. September 1958 statt. Die DDR beteiligt sich mit einer Gastdelegation von 10 Philosophen unter Leitung K. Zweilings. Sie behandeln ihr Kongress-Erlebnis als Voraussetzung der Vereinigungsgründung.

<sup>74</sup> Am 14. Februar 1961 tritt das Nationale Komitee dieser Institutionenvereinigung zusammen und bestätigt sein Präsidium: Klaus Zweiling, Direktor des Instituts für Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Philosophie beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, wird erneut Präsident; Georg Klaus, Leiter der Arbeitsgruppe Philosophie an der DAW zu Berlin, Georg Mende, Direktor des Instituts für Philosophie der Friedrich Schiller-Universität Jena, und Hermann Scheler, Direktor des Instituts für Philosophie der Humboldt-Universität Berlin, werden Vizepräsidenten. Wir sehen so im Präsidium des Nationalen Komitees einen Kreis von *Institutsdirektoren*, welche die ideale Besetzung der Führungsstellen einer Institutionenassoziation sind und als solche wesentlich besser unter Parteiregie zu halten als eigensinnige Personen (wie Bloch und Mayer). Die Mitglieder des Nationalen Komitees der ‚Vereinigung der Philosophischen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik‘ vertreten über 130 ordentliche Mitglieder. Vgl.: DZfPh 9(1961)4, S. 517.

<sup>75</sup> USA-Behörden machen per Einreiseverweigerung unmöglich, den Aufnahmeantrag durch DDR-Philosophen persönlich vorzutragen.

<sup>76</sup> Vgl.: Bericht von G. Heyden u. K. Zweiling in der DZfPh 12(1964)1, S. 97-110.

Instituts leitet Lothar Striebing, bisher Karl-Marx-Universität Leipzig. Ihm wird zugleich die Leitung des Instituts für Marxismus-Leninismus an der Technischen Universität übertragen. Natürlich hat das neue Dresdener Institut die Aufgabe, das Bündnis der Philosophie mit der Naturwissenschaft und Technik im Sinne der kommunistischen Ideologie zu festigen.

Von erheblicher Bedeutung ist weiter die Geburt des philosophischen Fernstudiums in der DDR: Am 1. Juni 1960 wird am Institut für Philosophie der Berliner Humboldt-Universität eine Abteilung ‚Fernstudium Philosophie‘ eingerichtet. Solches Fernstudium wird überdies in Halle, Jena, Leipzig, Greifswald möglich, wofür das Berliner Institut als Leitinstitut fungiert.<sup>77</sup> Am 1. September dieses Jahres beginnt der erste Durchgang des fünfjährigen philosophischen Fernstudiums an den fünf genannten philosophischen Universitätsinstituten.

Im Juni 1971 stellen Organisatoren des philosophischen Fernstudiums fest:

„Seit mehr als 10 Jahren besteht in der Deutschen Demokratischen Republik die Einrichtung des Hochschulfernstudiums Philosophie, das Werktätigen ... die Möglichkeit gibt, ohne Unterbrechung ihrer beruflichen Tätigkeit in einer bisher ca. 5jährigen Ausbildung den Hochschulabschluss auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Philosophie zu erwerben. ... Das Fernstudium Philosophie ist ... ein charakteristischer Bestandteil der sozialistischen Kulturrevolution, der Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Bildungssystems, ein Element der kontinuierlichen Wissenschaftspolitik und der ideologischen Führungstätigkeit der Partei der Arbeiterklasse.

Das philosophische Fernstudium hat sich ... mit spezifischer Aufgabenstellung entwickelt... Seine Resultate werden sichtbar – wie Absolventen und delegierende Dienststellen übereinstimmend berichten – in der weiteren Qualifizierung der Leitungstätigkeit wie der propagandistischen Arbeit, in einem höheren Maß an Wissenschaftlichkeit, Zielklarheit und umsichtigerer Gestaltung der Arbeit in den Tätigkeitsgebieten der Studenten und Absolventen.

Der Teilnehmerkreis setzt sich vorwiegend aus ideologischen Leitungskadern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, aber auch der anderen Blockparteien, der gesellschaftlichen Organisationen und des Staatsapparates, aus Lehrkräften für Philosophie an Bildungseinrichtungen der entsprechenden Institutionen, Offizieren der bewaffneten Kräfte der DDR, Absolventen naturwissenschaftlich-technischer und gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen mit vorwiegend ideologischem Aufgabenprofil, Mitarbeitern der sozialistischen Massenkommunikationsmittel und des Bildungswesens zusammen. Bisher

---

<sup>77</sup> Vgl.: Bericht von Frank Rupprecht in der DZfPh 9(1961)4, 510-514.

haben annähernd tausend Teilnehmer entweder das Fernstudium Philosophie absolviert oder befinden sich noch in der Ausbildung.<sup>78</sup>

Natürlich sind die Resultate des philosophischen Fernstudiums in der DDR so differenziert wie in allen anderen Fernstudienunternehmen. Doch hundert zusätzliche, diplomierte Kenner philosophischen Wissens und Erkennens pro Jahr in einem Gebiet von siebzehn Millionen Einwohnern sind in jedem Fall ein durchaus erfreulicher Ertrag kultureller Arbeit.

An dieser Stelle ist es mit Bezug auf die Feststellung der institutionellen Entwicklungen der DDR-Philosophie in der Reformphase nötig zu notieren, dass am 30. Mai 1969 der so genannte ‚Wissenschaftliche Rat für marxistisch-leninistische Philosophie‘ am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Erich Hahn gegründet wird. Mit dieser Institution ist die Bewegung der Reformzeit so ziemlich vollendet und einer der Hebel der Parteiregie in der anschließenden Stagnation geschaffen. Wie weit sein Einfluss auf die tatsächliche individuelle Produktion gereicht hat, mag als ein offenes Problem der philosophiehistorischen Forschung dahingestellt bleiben. Da wir ihn hier nur in seiner Geburt am Ende der in Rede stehenden Periode zur Kenntnis nehmen, ist weiteres Eingehen nicht erforderlich.

Die schon in ihrem Beginn kräftig vorhandene Beziehung der DDR-Philosophie zu den Naturwissenschaften hat, wie notiert, bereits vor Einsetzen der eigentlichen Reformperiode im Jahre 1962 eine entscheidende Weichenstellung erfahren. In diesem Zusammenhang ist nur ein schnelles Anwachsen der Anzahl entsprechender Arbeiten zu notieren.<sup>79</sup> Im Juli 1962 schließen die ersten Aspiranten der Abteilung Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaft des Instituts für Philosophie der

---

<sup>78</sup> Vgl. den Bericht „Ergebnisse und Probleme des Fernstudiums der marxistisch-leninistischen Philosophie“ von O. Finger und W. Förster in: DZfPh 19(1971)6, S. 778-784. Das philosophische Fernstudium wird zur Zeit dieses Berichts nicht nur an den Universitäten Berlin, Halle, Leipzig, Jena, Greifswald, sondern auch an der TU Dresden betrieben.

<sup>79</sup> Vgl. dazu die Darstellung der Entwicklung des Lehrstuhls für philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften in diesem Band und die Literaturangabe in Fn. 21. Diese Entwicklung setzte gut ein Jahrzehnt vor derjenigen ein, die – auf Basis der Arbeiten von P. Lorenzen und W. Kamlah – in Konstanz realisiert worden ist. Vgl.: F. Kambartel/J. Mittelstraß: Zum normativen Fundament der Wissenschaft. Frankfurt/M. 1973. P. Janich, F. Kambartel, J. Mittelstraß: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Frankfurt a. M. 1974

Humboldt-Universität ihre Aspirantur mit der Promotion zum Dr. phil. ab.<sup>80</sup> Über die Qualität der angegebenen Dissertationen mag der geneigte Leser urteilen. Hier ist nur wichtig zu notieren, dass der Abbruch der akademischen Souveränität der DDR-Philosophie 1958 durch den Aufbruch einer neuen Generation aufgehoben worden ist, die im Jahre 1962 unübersehbar geworden ist.

Für die Sozialwissenschaften erbringt die Reformphase eine Fülle neuer Problemstellungen - und vor allem die Akzeptanz der Soziologie, die in den 50er Jahren noch unter Verdacht gestanden hat.<sup>81</sup> Ebenso erhält die Thematisierung der Wissenschaft in Gestalt der Wissenschaftswissenschaft, der Wissenschaftstheorie und der Wissenschaftsphilosophie einen bedeutenden Impuls.<sup>82</sup>

Der oft genug erwähnte SED-ZK-Brief zum dialektischen Materialismus hat im März 1958 nicht nur die Kompetenz der Parteiführung in Sachen Philosophie okkupiert und den akademischen Einzelarbeitern signalisiert, dass aus der Beschäftigung mit diesem Fach Parteiarbeiter hervorgehen sollen. Er hat auch Themen präsentiert, die tatbereite Individuen flugs zum eigenen Arbeitsgegenstand erheben konnten. Man darf sich die hier notierte Parteiregie nicht so vorstellen, als hätten die DDR-Philosophen alle einen Maulkorb getragen. Die Parteiführung äußert sich mit Führungsanspruch, aber sie muss Ohren voraussetzen, die zu hören bereit sind, und Augen, die Texte aufnehmen wollen. Wie die erforderlichen Augen und Ohren rezipieren, hängt sehr vom

---

<sup>80</sup> G. Stehr mit einer Arbeit zum Thema „Philosophische Probleme der Atomlehre. Eine Auseinandersetzung mit der thomistischen Naturphilosophie“, G. Poppei mit einer Arbeit zum Thema „Die Entwicklungsgesetzlichkeit der elementaren Synthese- und Zerfallsprozesse“, G. Domin mit einer Arbeit zum Thema „Auseinandersetzung mit der weltanschaulichen Position Pascual Jordans unter besonderer Berücksichtigung seiner Auffassungen zu einigen Grundproblemen der Biologie“, G. Straass mit einer Arbeit zum Thema „Zur erkenntnistheoretischen Bedeutung der Modellmethode in der Biologie“, R. Löther mit einer Arbeit zum Thema „Gesundheit, Krankheit und Philosophie. Ein philosophischer Beitrag zur Bestimmung der Begriffe Gesundheit und Krankheit und zur Kritik der spätbürgerlichen Ideologie in der Medizin“, G. Röhler mit einer Arbeit zum Thema „Über die erkenntnistheoretische Rolle von Experiment und Theorie in der Chemie“. D. Müller promovierte zur gleichen Zeit mit einer Arbeit zum Thema „Die philosophische Problematik des Raum- und Zeitbegriffs in der speziellen Relativitätstheorie“ Vgl.: DZfPh 10(1962)12, S. 1594-1595

<sup>81</sup> W. Eichhorn I stellte sich – als Leiter des Bereichs Historischer Materialismus am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität – 1962/63 eine Soziologie-Arbeitsgruppe zusammen, die er 1965 mit seinem Übergang zur DAW zwar verließ, die jedoch ein solches Eigenleben entwickelte, dass 1968 – im Rahmen der 3. Hochschulreform – sogar die reale Möglichkeit der Gründung eines Instituts für Soziologie an der Humboldt-Universität gegeben war. Sie wurde m. W. durch Uneinigkeit zwischen dem Philosophievertreter und dem Ökonomevertreter verspielt, die beide aufgerufen waren, dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen ein akzeptables Führungskonzept zu präsentieren. Zur Soziologieentwicklung überhaupt vgl. den Beitrag von H. Meyer in diesem Band.

<sup>82</sup> Noch vor dem Mauerbau wurde die deutsche Übersetzung von J. D. Bernal's *Science in History* vorgelegt, die die entsprechende Entwicklung in der DDR ganz wesentlich initiierte: Die Wissenschaft in der Geschichte. Dt. Übers. v. L. Boll. Berlin 1961. Wie sich die Einleitung der Reformphase mit Bezug auf die Wissenschaftsrezeption zeigt, kann man nachlesen in: Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft, hg. v. Inst. f. Ges.-wiss. beim Zentralkomitee der SED unter der Redaktion von G. Heyden, A. Kosing, O. Reinhold, H. Ullrich. Berlin 1963. Weiter sind zu nennen: H. Parthey/D. Wahl: Die experimentelle Methode in Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Berlin 1966; Autorenkollektiv: Die Wissenschaft von der Wissenschaft. Berlin 1968.

Wissen wie auch von den Interessen ihrer Besitzer ab. Mit anderen Worten: Die Parteiregie impliziert ein Reflexionsverhältnis, in dem die, die ‚das Sagen‘ haben, auf das achten müssen, was sie wem und wie sagen.

Für das SED-ZK (in der Darstellung Ulbrichts) stand an der Spitze seines Verständnisses des dialektischen Materialismus’ das Widerspruchsproblem und das Problem der Gesetzlichkeit in der menschlichen Geschichte. Für die Parteiführung war mit Bezug auf die Verwendung des Wortes *Widerspruch* durchaus bewusst- und begriffslos ausgemacht, dass mit ihm speziell Fraktionskämpfe gemeint waren, in denen ja erfahren wurde, dass z. B. Oelßner in der Genossenschaftspolitik Ulbricht widersprach und Schirdewan dasselbe tat im Urteilen über die Konsequenzen, die aus dem 20. KPdSU-Parteitag zu ziehen wären. So verstand sich, dass eine *Widerspruchslösung* die Durchsetzung der Meinung eines der einander Widersprechenden war. Der Fraktionskampf in der kommunistischen Partei bildete so das Original für die Angabe der Bedeutung des Widerspruchsterminus.<sup>83</sup>

Damit war eigentlich klar, dass die kommunistische Ideologie in den Köpfen der Parteiführer den von Hegel in aller Wirklichkeit gewussten (dialektischen) Widerspruch nicht im mindesten begriff und schon gar nicht akzeptierte. Vielmehr sah sie angesichts eines Widerspruchs in ihrer Wahrnehmung die *Widerspruchslösung* als praktische Aufgabe. Sie war stets die Wiederherstellung der ‚Einheit und Reinheit‘ des Parteibewusstseins, d. h. die *Widerspruchsfreiheit*, der *Widerspruchsausschluss*, natürlich realisiert durch den Parteiausschluss der Widersprechenden.

Die 1958 avisierte wirtschaftspolitische Widerspruchslösung bestand bekanntlich in der Aufhebung des Gegensatzes zwischen der einzelbäuerlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaft nach sowjetischem Kollektivierungsvorbild mit dem Ergebnis, dass seit Mai 1960 nur noch genossenschaftliches Eigentum die bäuerliche Produktion fundierte. Damit war der Widerspruch wegen der Auflösung eines der originären Gegensätze verschwunden. Und es wurde klar, dass die Beglaubigung des Widerspruchs als eines im dialektischen Materialismus ernsthaft zu erkennenden Gegenstands durch den ZK-Brief vom März 1958 durchaus nicht als sichere Voraussetzung für parteitreue Philosophen gegeben war. In der Tat hat Ulbricht denn auch nach dem ‚sozialistischen Frühling‘ anlässlich seiner Inthronisation als Staatsratsvorsitzender am 4. Oktober 1960 vor der 15. Tagung der DDR-Volkskammer proklamiert, dass es zwischen der Politik des volksdemokratischen Staats und den Bürgerinteressen keinen Widerspruch gebe,

---

<sup>83</sup> Freilich galt der Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, ökonomisch am Lohnkonflikt präsentiert, als Grundform allerdings des – antagonistischen – Widerspruchs. Aber auch seine ‚Lösung‘ bestand für die sozialtheoretische Vorstellung immer in der Liquidation einer ‚Seite‘ – natürlich der Bourgeoisie. Die ‚Lösung‘ erschien also auch hier als *Widerspruchsfreiheit*.

dass Christentum und die humanistischer Sozialismus keine Gegensätze seien, dass die sozialistische Menschengemeinschaft geboren sei.

So ist nach zweieinviertel Jahren aus der Beschwörung des Widerspruchs programmatisch die Verkündung der Widerspruchsfreiheit geworden. Doch diese mentale Rolle rückwärts zu registrieren und *öffentlich* zu debattieren, ist in einer Philosophie unter Parteiregie ausgeschlossen gewesen. Man muss nicht annehmen, dass Philosophen außerstande seien, solche und ähnliche Volten zu erkennen. Wenn aber das entsprechende Erkennen im öffentlichen Ausdruck von Sanktionen bedroht ist, die sich im Einkommen bemerkbar machen, dann ist die ungescheute Mitteilung nicht zu erwarten, vielmehr der Gang in den privaten Diskurs. Ihn versucht die kommunistische Parteiregie mittels des staatlichen Sicherheitsapparates unter Kontrolle zu halten. Die Spaltung der Philosophenschaft in befugte Amtsträger und unbefugte Privatiers ist dadurch die unweigerliche Folge. Das ist zu Beginn der Periode, die wir hier betrachten, nicht ohne weiteres erkennbar, insbesondere nicht für jene, die mit der Gründer- und Aufbaugeneration die kommunistische Partei als das unerlässliche Mittel zur Aufhebung der Klassengesellschaft ansehen, daher die sehr wohl wahrnehmbaren Gebrechen kommunistischer Parteiführung als zeitbedingte Wachstumsprobleme beurteilen, die zu lösen schon gelingen wird.<sup>84</sup>

Mit Blick auf den 5. SED-Parteitag proklamiert jedenfalls Georg Klaus, der wohl produktivste DDR-Philosoph der hier betrachteten Periode, unter dem Thema „Philosophie und Einzelwissenschaft“, das die ganze Reformperiode beherrschen sollte: „Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat uns die Aufgabe gestellt, bis 1961 Westdeutschland in der Pro-Kopf-Produktion an materiellen Gütern auf allen Gebieten zu überholen und die Bevölkerung der DDR zu einem materiellen und kulturellen Lebensstandard zu führen, wie ihn Deutschland noch nie gekannt hat. Die Lösung dieser Aufgabe ist möglich, weil der Sozialismus eine auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens dem Kapitalismus qualitativ entscheidend überlegene Gesellschaftsordnung ist.

Bei der Lösung dieser Aufgaben kommt der Wissenschaft und kommt der Technik, d. h. der angewandten Naturwissenschaft, besondere Bedeutung zu. ... Die Wissenschaft kann zwar bereits auf eine sehr lange Geschichte zurückblicken und ihre Bedeutung für die Gesellschaft war schon immer beträchtlich. Gemessen an ihrer künftigen Geschichte, die ihren Rahmen in einer sozialistischen Zukunft der Menschheit haben

---

<sup>84</sup> Soweit ich erkennen kann, ist vielfach und vielen Beobachtern erst Mitte der siebziger Jahre deutlich, dass nicht Wachstumsprobleme, sondern Auflösungsphänomene festzustellen sind.

wird, erscheint alle bisherige Wissenschaftsgeschichte als Vorgeschichte der Wissenschaft.<sup>85</sup> Wie zu lesen, lässt sich der profilierteste philosophierende Vertreter der Aufbaugeneration in gar keiner Weise von der Euphorie der DDR-Führung übertreffen. Es handelt sich nur um eine Nuance in seiner Blickrichtung. Statt des erwarteten Lebensstandards, der auch notiert wird, ist die erwartete hohe Zeit der Wissenschaft das interessierende Thema: „*Wir* haben ... nie behauptet, dass der Lebensstandard *nur* auf materiellen Gegebenheiten beruht. Wenn der westdeutsche Wirtschaftsminister Erhard dies neuerdings ebenfalls entdeckt hat, so nur, weil die Überflügelung Westdeutschlands in der Pro-Kopf-Produktion materieller Güter zeitlich in unmittelbare Nähe gerückt ist. Wir haben stets auch die kulturelle Seite des Lebensstandards betont und die Wissenschaften und Künste, die ihr zugrunde liegen, entsprechend gefördert.“<sup>86</sup> Diese Versicherung, angesichts der DDR-Aufwendungen eben für Wissenschaften und Künste eine platte, mit Blick auf die aktuellen Kürzungen der Wissenschafts- und Kulturhaushalte sogar schmerzliche Wahrheit, wird von Klaus nicht weiter thematisiert. Er meint vielmehr: „Es geht heute jedoch nicht um die Ausbildung wissenschaftlicher Kader schlechthin und um die Entwicklung der Wissenschaften schlechthin, sondern um die Ausbildung einer mit der Arbeiterklasse fest verbundenen Intelligenz, d. h. einer Intelligenz, die sich auf die Arbeiterklasse und ihre Partei und auf deren Weltanschauung orientiert. Diejenigen Wissenschaftler, die sich den dialektischen Materialismus angeeignet haben und in der Lage sind, ihn in ihrer Fachwissenschaft, in der wissenschaftlichen Arbeit und in der Produktion anzuwenden, werden besser und zielbewusster für den Aufbau des Sozialismus arbeiten können.“<sup>87</sup>

Das ist ganz in Übereinstimmung mit dem ZK-Brief zum dialektischen Materialismus formuliert und zeigt, mit welcher Hoffnung der akademische Abbruch in einen neuen Aufbruch unter Parteiregie der SED umgewandelt worden ist. Die Beiträge von Alfred Kosing und Heinrich Opitz in diesem Band exemplifizieren, wie diese Hoffnung realisiert werden konnte.

Am Ende der fraglichen Periode erklärt Kurt Hager vor den Mitarbeitern des philosophischen Instituts der Humboldt-Universität, nach der 3. Hochschulreform „Sektion marxistisch-leninistische Philosophie“ genannt, am 29. April 1970, dass zwar der Zusammenhang zwischen Philosophie und Wissenschaft nicht geleugnet werden könne, dies jedoch nicht Hauptaspekt philosophischen Treibens sei – ebenso wenig wie Erkenntnistheorie, Methodologie und Logik. Vielmehr ist die weltanschauliche Offensive in Grundfragen und die Schaffung einer moralischen Umwelt, in der sich unsozialistisches Verhalten nicht entwickeln könne, im philosophischen Tun massenwirksam

---

<sup>85</sup> G. Klaus: Philosophie und Einzelwissenschaft. Berlin 1958. S. 5.

<sup>86</sup> Ebd., S. 6

<sup>87</sup> Ebd.



zu betreiben. Die Philosophen sollen die überzeugen, die es noch nicht sind oder deren Überzeugung sich erst formt, dass „unser Weg der einzig richtige ist“. Im Übrigen sei Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ das grundlegende Lehrbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie.<sup>88</sup>

Das war die Proklamation des Endes der hier vorzustellenden Entwicklungsphase der DDR-Philosophie.

---

<sup>88</sup> Ich berichte aus persönlicher Erinnerung über eine Veranstaltung im Senatssaal der Humboldt-Universität im Anschluss an den Philosophen-Kongress der DDR vom 2. bis 3. April 1970 in Leipzig zum Thema ‚Lenin und die marxistische Philosophie in unserer Zeit‘, veranstaltet vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl für marxistisch-leninistische Philosophie, Zentralinstitut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR.